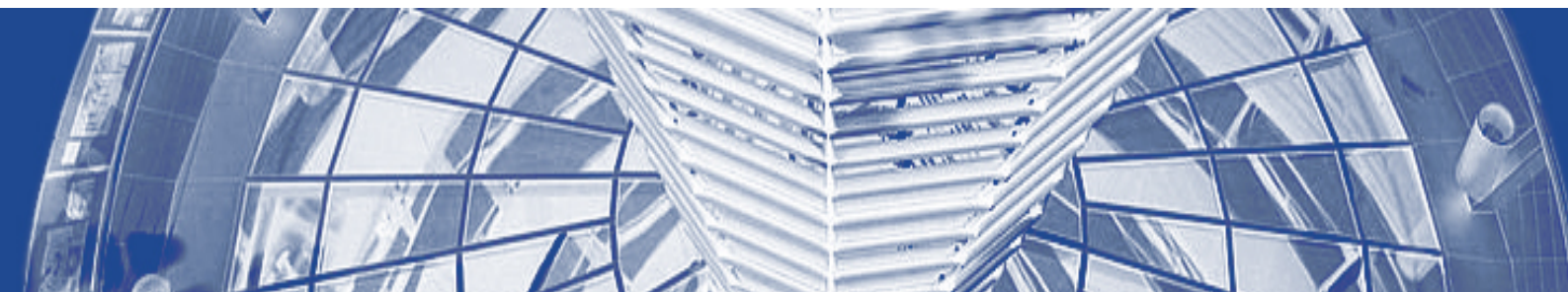


Alexander Böhm

Das dänische Parlament und der Irakkrieg 2003

paks working paper 11

2008





PAKS WORKING PAPER SERIES

HERAUSGEBER:

Forschungsprojekt „Parlamentarische Kontrolle von Sicherheitspolitik“ (paks)
Sozialwissenschaftliches Institut
Universitätsstr. 1, D-40225 Düsseldorf
Phone: +49 (211) 81 15 097
Fax: +49 (211) 81 14 075
Email: dieterich@phil-fak.uni-duesseldorf.de
Homepage: <http://www.paks.uni-duesseldorf.de>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Copyright © 2008 [paks]. Alle Rechte vorbehalten.

ISSN 1864-9467 (Printversion)
ISSN 1864-9475 (Internetversion)

Alexander Böhm

Das dänische Parlament und der Irakkrieg 2003

paks working paper 11

2008

Inhalt

1. Einleitung	3
2. Das politische System Dänemarks	4
2.1 Das dänische Parlament und seine „war powers“	4
2.2 Parteiensystem und Minderheitenregierung	6
3. Die öffentliche Meinung in Dänemark zum Irakkrieg 2003	8
4. Die Irakkrise und das Handeln des dänischen Parlaments	9
4.1 UN-Rede Bushs vom 12.9.2002	9
4.2 Resolution 1441 des UN-Sicherheitsrats	10
4.3 Geheimverhandlungen mit den USA über dänische Kriegsteilnahme	11
4.4 Offener Brief der Acht	12
4.5 Debatte über den „dänischen Beitrag“	12
4.6 Angebliche Beweise für irakische Massenvernichtungswaffen	13
4.7 Keine neue Resolution des UN-Sicherheitsrats	15
4.8 Vorschlag B 118	15
5. Diskursanalyse der Folketingdebatte über den Vorschlag B118	16
5.1 Die Diskursakteure	16
5.2 Die zentralen Diskursstränge der Folketingdebatte über den Vorschlag B118	16
5.2.1 Massenvernichtungswaffen - Keine Alternative zur gewaltsamen Abrüstung	17
5.2.2 Verankerung in der UN	18
5.2.3 Die USA als wichtigste Verbündete	19
5.2.4 Irak als Hort des internationalen Terrorismus	20
5.2.5 Verfolgung einer aktiven dänischen Außenpolitik	21
5.2.6 Kriegsbeteiligung keine Frage der Bevölkerungsmeinung	21
6. Fazit	22
Literaturverzeichnis	26

1. Einleitung

Der Irakkrieg 2003 spaltete die internationale Gemeinschaft. Einige Staaten – darunter Deutschland – distanzieren sich frühzeitig von der „Koalition der Willigen“ und lehnten einen militärischen Beitrag unter allen Umständen ab. Andere Länder gewährten logistische oder humanitäre Hilfe, wollten sich aber nicht aktiv an militärischen Aktionen beteiligen. Wiederum andere sagten militärische Unterstützung zu, sprangen aber im letzten Moment von der Kriegslokomotive ab, als Mitte März 2003 klar wurde, dass es kein neues UN-Mandat für eine gewaltsame Abrüstung des Iraks geben würde. Nicht so Dänemark. Das dänische Parlament (Folketing) stimmte am 21. März 2003 mit einer knappen Mehrheit von 61 zu 50 Stimmen der Entsendung von etwa 150 Soldaten, eines U-Boots und einer Korvette zu. Zusätzlich wurde der Einsatz von Stabs- und Verbindungsoffizieren und einem Sanitätstrupp beschlossen.¹ Mit dieser knappen Entscheidung war der langwährende, parteiübergreifende Konsens der vier großen Parteien in außen- und sicherheitspolitischen Fragen beendet.

Die Annahme des *paks*- Projekts, dass starke parlamentarische *war powers* bei gleichzeitiger Kriegsaversivität der Bevölkerung eine (starke) Kriegsbeteiligung hätten verhindern müssen, hat sich für Dänemark nicht bestätigt (Dieterich/Hummel/Marschall 2007a). In der Gruppe der europäischen Länder mit starken parlamentarischen *war powers* weist nur Dänemark einen derart hohen Grad der Kriegsbeteiligung auf. Die zentrale Frage lautet daher: Warum ließ das dänische Parlament – trotz seiner starken *war powers* und der mehrheitlich kriegsaversiven Haltung in der Bevölkerung – eine aktive Teilnahme am Krieg gegen den Irak 2003 zu, wenn es dies – in seiner Funktion als Anwalt der Bevölkerung – hätte verhindern können?

Um diese Frage beantworten zu können, soll in der vorliegenden Arbeit analysiert werden, welche Rolle das dänische Parlament in der Irakkrise spielte. Zunächst werden die *war powers* des dänischen Parlaments näher erläutert, das dänische Parteien- und Regierungssystem vorgestellt und die deutliche Ablehnung einer dänischen Beteiligung am Irakkrieg in der öffentlichen Meinung Dänemarks dokumentiert. Anschließend wird rekonstruiert, wie sich die Irakkrise zwischen September 2002 und März 2003 im dänischen Parlament niedergeschlagen hat. Dadurch soll veranschaulicht werden, wie innerhalb des Parlaments auf die aktuellen Entwicklungen reagiert wurde und ob und wie das Parlament von seinen Kontrollrechten Gebrauch gemacht hat. Bei dem für die Rekonstruktion verwendeten Material handelt es sich um dänische und internationale Zeitungsartikel und Agenturmeldungen, sowie Reden und offizielle Dokumente wie Plenarprotokolle oder Parlamentsanfragen. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Diskursanalyse der dreitägigen Schlussdebatte im Folketing vor der Abstimmung über eine dänische Beteiligung am Irakkrieg. Ziel der Analyse ist es, systematisch die Diskurspositionen und Diskursstränge der kriegsbefürwortenden und -ablehnenden Akteure herauszuarbeiten, um zu verdeutlichen, warum eine Mehrheit im Parlament für eine Beteiligung stimmte. Diese Analyse basiert auf offiziellen Folketing-Protokollen. Diese wurden in einem ersten Schritt auf ihre Diskursfragmente voranalysiert, sortiert und anschließend zu insgesamt sechs Diskurssträngen zusammengefasst. Die Analyse ist rein deskriptiv angelegt,

¹ Gemäß Vorschlag B118 des dänischen Außenministeriums (Udenrigsministeriet 2003).

es wird also keine Wertung über die jeweiligen Positionen vorgenommen. Zudem bleiben sprachwissenschaftliche Aspekte unbeachtet.²

2. Das politische System Dänemarks

Der Staat Dänemark ist laut Verfassung „beschränkt-monarchisch“ (Verfassung des Königreiches Dänemark 1953: §2), also eine konstitutionelle Monarchie. Der Monarch hat rein repräsentative Funktionen, die Regierungsgeschäfte werden vom Ministerpräsidenten geleitet. Dieser wird gemeinsam mit den anderen Ministern nach den alle vier Jahre stattfindenden Parlamentswahlen vom Monarchen ernannt.

2.1 Das dänische Parlament und seine „war powers“

Seit der Verfassungsreform von 1953 besteht das dänische Parlament nur noch aus einer Kammer, dem Folketing. Seine 179 Mitglieder werden nach einer Mischform aus Verhältnis- und Mehrheitswahl gewählt (Folketing 2007: 3).

Das Folketing ist ein klassisches Arbeitsparlament. Ein wesentlicher Teil der parlamentarischen Arbeit findet in den Ausschüssen statt. Diese konstituieren sich zu Beginn einer jeden Legislaturperiode beziehungsweise nach Neuwahlen. Die ständigen Ausschüsse entsprechen in etwa der Ressortenteilung der jeweiligen Ministerien. Ihre Zahl schwankt in der Regel zwischen 20 und 24. Jeder Ausschuss setzt sich aus 17 Abgeordneten zusammen, die proportional zur Sitzverteilung im Folketing gewählt werden. Wie in vielen anderen parlamentarischen Systemen hat auch in Dänemark die Existenz der ständigen Ausschüsse zu einer Spezialisierung der Parlamentsarbeit beigetragen (Folketing 2004). Die Ausschüsse des Folketing tagen in der Regel unter Ausschluss der Öffentlichkeit, um parteiübergreifende, informelle Absprachen und Entscheidungen frei von medialem Druck zu ermöglichen (Nannestad 2003: 61f).

Das dänische Folketing hat zahlreiche Möglichkeiten die Regierung im Feld der Außen- und Sicherheitspolitik mit politischen und rechtlichen Instrumenten zu kontrollieren und zur Rechenschaft zu ziehen.³ Möglicherweise wichtigstes, da folgenschwerstes Kontrollinstrument ist das parlamentarische Misstrauensvotum. Mit diesem Instrument kann dem verantwortlichen Minister oder der gesamten Regierung das Misstrauen ausgesprochen werden, was in dessen beziehungsweise deren Entlassung mündet. Darüber hinaus hat das Folketing die Möglichkeit, einen Minister juristisch zur Rechenschaft zu ziehen. Dies ist möglich, sollte der zuständige Minister „vorsätzlich oder in grob fahrlässiger Weise die Pflichten verletzt haben, die ihm nach der Verfassung, anderen Gesetzen oder seiner Stellung obliegen“ (Nannestad 2003: 63). Zu diesen Pflichtverletzungen rechnet das dänische Gesetz unrichtige, irreführende oder fehlende Information des Folketing.

Ein bedeutendes parlamentarisches Kontrollinstrument ist die politische Fragestunde. Hier können die Abgeordneten Fragen an die Regierung beziehungsweise den zuständigen

² Einen guten Überblick zur näheren Konzeption einer Diskursanalyse liefern Jäger (2004) und Keller (2004).

³ Für eine systematische Einordnung der *war powers* des dänischen Parlaments vgl. Dieterich (2007).

Minister stellen, die von diesen schriftlich oder mündlich beantwortet werden müssen. Kommt es zu einer mündlichen Antwort, so ist es Usus, dass nach der Beantwortung seitens des Ministers noch eine kurze Diskussion im Plenum folgt. Ergänzend zu diesen einfachen Fragen gibt es noch die sogenannten großen Anfragen, die eine extensivere Debatte als die einfachen Fragen ermöglichen und dem Folketing die Möglichkeit bieten, motivierte Anträge zu stellen. Durch diese kann einem Minister oder der gesamten Regierung das Misstrauen ausgesprochen werden. Wie Nannestad beschreibt, sind diese Anträge wegen der häufig vorkommenden Minderheitenregierungen „*nicht selten von Dramatik umgeben*“ (Nannestad 2003: 63).

Auch die Einsetzung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse gehört zur parlamentarischen Kontrolle. Anders als etwa im deutschen Bundestag ist dies in Dänemark allerdings kein Minderheitsrecht, sondern setzt einen parlamentarischen Mehrheitsbeschluss voraus (Nannestad 2003: 64). Weiteres wichtiges Kontrollinstrument ist die Überwachung der Staatsfinanzen. Durch die dem Folketing unterstellte sogenannte „Reichsrevision zur Budgetkontrolle“ hat das Parlament die Möglichkeit zu kontrollieren, ob die vom Folketing genehmigten Mittel auch vernünftig eingesetzt werden. Ist dies nicht der Fall, kann der zuständige Minister zur Rechenschaft gezogen werden (Nannestad 2003: 64).

Über diese Kontroll-, Kommunikations- und Abwahlrechte gegenüber der Regierung hinaus verfügt das Folketing über weitere *war powers*. Zentral ist das Entsenderecht: Nach §19 Absatz 2 der Verfassung darf die Regierung ohne die Zustimmung des Folketing keine militärischen Machtmittel gegen einen anderen Staat einsetzen. Eine Ausnahme besteht nur im Verteidigungsfall. Sollte Dänemark von einer ausländischen Macht angegriffen werden, ist keine Zustimmung des Folketing notwendig. Dieses muss jedoch anschließend umgehend von der Regierung einberufen und unterrichtet werden. Die Entsendung von dänischen Truppen ins Ausland bedarf eines Folketingmandates. Nach dem Gesetz genügt dazu eine einfache Mehrheit. Bis zum Irakkrieg 2003 gab es im Folketing allerdings die langwährende informelle Regelung, dass Truppenentsendungen auf einem breiten Konsens der vier alteingesessenen Parteien beruhten (Mendel 1980: 57).

Die Verfassung verlangt außerdem die Wahl eines Außenpolitischen Ausschusses (AA) aus der Mitte des Parlamentes. Mit diesem muss sich die Regierung „*vor jeder Beschlussfassung von größerer außenpolitischer Tragweite*“ (§19, Absatz 3) beraten. Konkretisiert werden die Aufgaben und Kompetenzen des AA in einem Gesetz, dem *Act on the Foreign Policy Committee* aus dem Jahre 1954 (Folketing 2002a: 11). Die 17 Mitglieder des Komitees werden zu Beginn jeder Legislaturperiode proportional zur Anzahl der Mandate einer Partei aus der Mitte des Folketing gewählt. Der AA ist kein ständiger Ausschuss, sondern tagt nur, wenn wichtige außenpolitische Entscheidungen bevorstehen. Er wird vom Vorsitzenden des AA einberufen, wenn die Regierung dies fordert, um mit dem AA das weitere Vorgehen in außenpolitischen Fragen zu diskutieren. Darüber hinaus kann eine Einberufung auch von mindestens drei Mitgliedern verlangt werden. Der zuständige Minister hat die Pflicht, bei diesen Sitzungen anwesend zu sein, um sich den Fragen der Ausschussmitglieder zu stellen. Eine intensive Auseinandersetzung setzt natürlich voraus, dass die Mitglieder des Ausschusses von der Regierung ausreichende Informationen über den jeweiligen Sachverhalt erhalten. Dies wird durch Absatz 2 des Gesetzes zumindest offiziell gewährleistet. Die Mitglieder des Aus-

schusses sind nach Absatz 4 des Gesetzes zur Geheimhaltung verpflichtet. Über das tatsächliche Ausmaß entscheiden jedoch der zuständige Minister oder der Ausschussvorsitzende, so dass es durchaus vorkommt, dass Ergebnisse nach außen kommuniziert werden (Mendel 1980: 55).

Wichtig ist, dass die Regierung nicht an die Überlegungen des AA gebunden ist. Jedoch sind die Ergebnisse der Beratung ein eindeutiger Hinweis dafür, ob die Außenpolitik der Regierung im Folketing Aussichten auf Erfolg hat. Diese Vorab einschätzung ist im Falle Dänemarks von besonderer Bedeutung, da aufgrund der häufig vorkommenden Minderheitenregierungen eine Mehrheit im Parlament seitens der Regierung immer wieder aufs Neue sichergestellt werden muss. Das Parlament ist also bei Überlegungen der Regierung zum Thema Truppenentsendung immer involviert (The Assembly of the Western European Union 2001: 11).

Neben dem AA gibt es im Folketing noch zwei weitere Ausschüsse, die sich mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen auseinandersetzen, den Verteidigungsausschuss (VA) und den Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten. Beide überschneiden sich inhaltlich mit den Kompetenzen des AA. Der VA beschäftigt sich mit allen Fragen, die das Militär und die Sicherheit des Staates nach außen betreffen. Er ist beispielsweise federführend, wenn im Folketing über eine Truppenentsendung entschieden werden soll (Folketing 2004: 78). Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten behandelt außen- und sicherheitspolitische Themen in einem breiteren Kontext. Beispielsweise gehört auch die Entwicklungszusammenarbeit in dessen Aufgabenbereich (The Foreign Affairs Committee 2002: 3).

Die außen- und sicherheitspolitischen Kompetenzen des Folketing können gemäß der paks-Typologie als „selective“ eingestuft werden. Generell muss das Parlament in allen wichtigen und weitreichenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen von der Regierung konsultiert werden und dem Einsatz militärischer Gewalt vorab zustimmen. Von dieser Zustimmungspflicht ausgenommen sind allein peacekeeping-Missionen, die mit der ausdrücklichen Erlaubnis des betroffenen Staates, in den die dänischen Truppen entsandt werden, stattfinden. Eine militärische Beteiligung Dänemarks an der Irakintervention kann jedenfalls nicht ohne die Zustimmung des Parlamentes geschehen. Neben diesen formellen Regeln hat in der Vergangenheit auch die informelle Abmachung der vier großen Parteien, Truppenentsendungen nur bei breiter Mehrheit im Folketing zu realisieren, zu einer starken Position des Parlamentes beigetragen.

2.2 Parteiensystem und Minderheitenregierung

Die Regeln für die Regierungsbildung sind in der dänischen Verfassung nicht klar beschrieben. In der Realität ist diese das Resultat oft komplizierter Verhandlungen zwischen den Parteien. Ziel ist es, eine Konstellation zu finden, die anschließend keine Mehrheit gegen sich haben wird und welcher nicht gleich nach Amtsantritt das Misstrauen ausgesprochen wird. Es genügt aber die bloße Tolerierung im Parlament. Damgaard spricht in diesem Zusammenhang von der informellen Praxis des *negativen Parlamentarismus* (Damgaard 2004: 117). Damit erklärt sich auch, warum Minderheitenregierungen in Dänemark so häufig vorkommen. Seit

den Wahlen von 1973, als statt der vormals fünf nun zehn Fraktionen im Folketing saßen, sind sie die Regel (Nannestad 2003: 62).

Die *Liberale Partei* (V) stellt neben S, KF und RV eine der vier „alten“ Parteien dar.⁴ Sie ist sehr stark pro-europäisch orientiert und vertritt den freien Markt. Darüber hinaus vertritt die Partei eine aktive dänische Außen- und Sicherheitspolitik und befürwortet im Ernstfall die Anwendung militärischer Macht zur Wahrung der Menschenrechte. Die *Sozialdemokratische Partei* (S) hat ihren Ursprung in der Arbeiterbewegung und begann als streng marxistische Bewegung. Heute verfolgt die S eine stark pro-europäische Linie und hat auch viele Anhänger bei den eher progressiven Elementen des dänischen Unternehmertums. Zwischen 1921 und 2001 stellte die S in 48 der 72 Jahre ohne Fremdherrschaft den Ministerpräsidenten. Daher kann ihr ein wesentlicher Anteil an der Architektur des dänischen Wohlfahrtsstaates zugeschrieben werden. Seit den Wahlen 2001 ist die *Dänische Volkspartei* die drittstärkste Partei im Folketing. Sie fiel in der Vergangenheit vor allem durch ihre populistische, ausländerfeindliche Politik auf, in deren Rahmen sie die „*Dänemark für Dänen*“-Kampagne verfolgte. Sie ist stark EU-feindlich gesinnt, unterstützt aber das Modell des Wohlfahrtsstaates. Die *Konservative Volkspartei* ist seit 2001 der Koalitionspartner der V. Sie ist in ihren Ursprüngen die Partei der Industriellen und des Protektionismus. Heute verfolgt sie sehr ähnliche Interessen wie die V, vor allem in Fragen der EU, der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Die *Sozialistische Volkspartei* spaltete sich in den 50er Jahren aus einer anti-stalinistischen Bewegung innerhalb der Kommunistischen Partei ab. Die Partei hat über die Jahre neue linke Themen (Umweltschutz, Feminismus) verinnerlicht und ist heute fest verwurzelt im dänischen Parteiensystem. Sie ist links vom sozialdemokratisch-liberalen Establishment einzuordnen und verhält sich euroskeptisch, aber nicht feindlich. Die *Radikalliberalen* entwickelten sich ursprünglich aus einem reformistischen und pazifistischen Flügel der V. Die RV waren in der Vergangenheit oft der Koalitionspartner der S. Sie unterstützen die Idee des freien Marktes und sind EU-freundlich gesinnt. Die (rot-grüne) *Einheitsliste* ist die am stärksten linksgerichtete Partei im Folketing. Sie formierte sich 1989 aus drei anderen Linksparteien und der Umweltschutzbewegung. Sie lehnt die EU aus marxistischen und ökologischen Gründen ab und ist entschieden gegen die Ideen des freien Marktes und der Privatisierung („*Man before Market*“). Die *Christliche Volkspartei* ist in ihrer Ausrichtung christdemokratisch und zieht eine eher wertkonservative Wählerschaft an. Sie gründet sich 1970 aus einer Anti-Abtreibungsbewegung. Die KRF unterstützt die EU und setzt sich für eine stärkere Stellung der UN ein (Skidmore-Hess 2003: 90f).

Bei den Folketingwahlen 2001 schafften acht Parteien den Sprung in das Parlament und somit über die 2-Prozent-Hürde. Zum Zeitpunkt der Abstimmung über die Truppenentsendung in den Irak war die Sitzverteilung wie folgt: Liberale Partei (V) 55 Mandate, Sozialdemokraten (S) 52, Dänische Volkspartei (DF) 22, Konservative Volkspartei (KF) 16, Radikalliberale (RV) 9, Sozialistische Volkspartei (SF) 12, Einheitsliste (EL) 4 und Christliche Volkspartei (KRF) 4. Hinzu kamen je zwei Mandate für Grönland und die Faröer-Inseln sowie zwei parteilose Abgeordnete⁵.

⁴ Zum folgenden vgl. Nannestad (2003).

⁵ Diese werden in der vorliegenden Arbeit aber nicht weiter berücksichtigt, da sie im dänischen Diskurs keine wesentliche Rolle spielten und für das Abstimmungsergebnis letztlich nicht relevant waren.

Während der Irakkrise regiert in Dänemark die seit 2001 amtierende Minderheitenregierung, getragen von der Koalition aus Liberaler Partei (V) und Konservativer Volkspartei (KF), die zusammen nur 70 der 179 Mandate besitzen. Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen (V) leitet die Regierung. Gestützt wird die Minderheitenregierung von der Dänischen Volkspartei (DF), sie ist jedoch nicht Teil der Regierungskoalition und hat keine Ministerämter inne.

3. Die öffentliche Meinung in Dänemark zum Irakkrieg 2003

Es bleibt noch zu klären, wie die dänische Bevölkerung gegenüber dem Irakkrieg und einer dänischen Teilnahme an diesem eingestellt war. Daher sollen in diesem Abschnitt die wesentlichen Ergebnisse dreier Umfragen kurz vorgestellt werden. Auf diese Weise soll herausgefunden werden, ob gesellschaftliche „Anforderungen nach einer auf militärische Gewalt verzichtenden Außenpolitik“ (Czempiel 1996: 89) existieren, die Ausgangspunkt für die Wirkung des demokratischen Friedens sind.

Das Meinungsforschungsinstitut EOS Gallup Europe (2003) führte im Rahmen seines *International Crisis Report* im Januar 2003 eine repräsentative Erhebung in dreißig europäischen Staaten durch.⁶ Die Frage, ob es gerechtfertigt sei, wenn Dänemark sich an einem Militäreinsatz unter Führung der USA beteiligen würde, auch wenn es im Vorfeld keinen Beschluss des UN-Sicherheitsrates (UNSR) gebe, beantworteten 58 Prozent der Befragten mit „völlig ungerechtfertigt“ und 24 Prozent mit „eher ungerechtfertigt.“ Dagegen stimmten nur 4 Prozent für „völlig gerechtfertigt“ und 10 Prozent für „eher gerechtfertigt.“ In der Summe fanden also 83 Prozent der Dänen eine Beteiligung ihres Landes ohne UN-Mandat ungerechtfertigt (Anhang D). In einer weiteren Umfrage⁷ von Gallup International (2003) Ende Januar lehnten 45 Prozent der Befragten eine Militäroperation gegen den Irak unter allen Umständen ab. 38 Prozent der Interviewten stimmten einer Mission nur zu, sofern diese unter Führung der UN stattfinden würde. Lediglich 10 Prozent der Befragten zeigten sich auch mit einer USgeführten Militäroperation einverstanden. Auf die Frage: „Wenn es eine Militäraktion im Irak gibt, sollte ihr Land diese unterstützen oder nicht?“ antworteten 42 Prozent mit „sollte unterstützen“ und 51 Prozent „sollte nicht unterstützen“ (Anhang E).

Ähnliche Ergebnisse zeigt auch eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Vilstrup Research* (2003) vom 18. März 2003 im Auftrag der Tageszeitung *Politiken*.⁸ Nur 36 Prozent der Befragten befürworteten den unmittelbar bevorstehenden Angriff der USA auf den Irak, 51 Prozent lehnten ihn ab. Einem dänischen Truppenbeitrag stimmten nur 36 Prozent der Befragten zu, 56 Prozent waren dagegen (Anhang F). Die Ergebnisse zeigen insgesamt, dass die Mehrheit der Dänen gegen einen Irakkrieg und gegen einen dänischen Truppenbeitrag gewesen ist. Die gesellschaftlichen „Anforderungen nach einer auf militärische Gewalt verzichtenden Außenpolitik“ waren also für den vorliegenden Fall gegeben.

⁶ Befragt wurden in jedem Staat circa 500 Personen über 15 Jahren.

⁷ Telefonisch befragt wurden 1007 dänische Bürger über 18 Jahren.

⁸ Telefonisch befragt wurden 1024 Dänen im Alter von über 18 Jahren.

4. Die Irakkrise und das Handeln des dänischen Parlaments

Im folgenden Teil der Arbeit soll die Irakkrise anhand der Ereignisse im Folketing zwischen September 2002 und März 2003 nachgezeichnet werden. Dies geschieht anhand der Sichtung von Parlamentsdokumenten, sowie der dänischen und internationalen Presseberichterstattung und soll aufzeigen, wie das Parlament auf die jeweiligen Entwicklungen reagiert und von seinen Kontrollinstrumenten Gebrauch gemacht hat.

Die konkrete Frage nach einem dänischen Truppenbeitrag für eine eventuelle Militäraktion gegen den Irak rückte für das Folketing erst nach der Rede von US-Präsident Bush (2002) vor der UNO-Generalversammlung in New York am 12. September 2002 in den Mittelpunkt der Außen- und Sicherheitspolitik. Der Beobachtungszeitraum dieser Arbeit endet mit dem Beschluss des dänischen Parlaments vom 21. März 2003, sich aktiv an einer Militäroperation zu beteiligen und die USA im Kampf gegen den Irak mit 150 Soldaten, einem U-Boot, einer Fregatte, Stabs- und Verbindungsoffizieren und einem medizinischen Team zu unterstützen.⁹

4.1 UN-Rede Bushs vom 12.9.2002

In seiner UN-Rede am 12. September 2002 warf Präsident Bush dem Irak einen fortdauernden Bruch der bestehenden UN-Resolutionen vor – unter anderem die Verletzung von Menschenrechten, die Förderung des internationalen Terrorismus und den Besitz von Massenvernichtungswaffen – und bat um Unterstützung seitens der UN für ein entschiedenes und kompromissloses Vorgehen gegen das Regime Saddam Husseins. Damit wurde den monatelangen Kriegsspekulationen ein Ende gesetzt und die Interessen der USA an einem militärischen Vorgehen lagen klar auf dem Tisch.

Am selben Tag wie Bush, also am 12. September 2002, sprach Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen vor der UNO-Generalversammlung. Er sprach dabei in seiner damaligen Funktion als EU-Ratspräsident und unterstützte Bush in seiner Forderung an den Irak, zügigst wieder Waffeninspektoren ins Land zu lassen und die UN-Resolutionen einzuhalten, andernfalls müsse sich der UNSR mit der Thematik befassen (Rasmussen 2002a). Die Kritik aus der heimischen Opposition an Rasmussens Rede folgte umgehend. Rasmussens Amtsvorgänger und Vorsitzender der Sozialdemokraten, Poul Nyrup Rasmussen, beklagte, dass der Ministerpräsident die USA vor einem Angriff auf den Irak hätte warnen müssen. Des Weiteren hätte Fogh Rasmussen vor seiner Rede den AA des Folketing einberufen und diesen über die Rede informieren müssen. Ein Sprecher Rasmussens wies die Vorwürfe damit zurück, dass die Rede sehr wohl im AA thematisiert worden sei. Im Übrigen habe Rasmussen als EU-Ratspräsident gesprochen, daher sei die Rede nicht nur Ausdruck dänischer Außenpolitik, sondern aller EU-Staaten (The Copenhagen Post 19.09.2002).

Nach dem Ende der parlamentarischen Sommerpause sprach Rasmussen (2002b) den USA in seiner Eröffnungsrede vor dem Folketing am 1. Oktober 2002 erneut seine Unterstützung zu und forderte, dass der UNSR sich endlich ernsthaft der Sache Irak annehmen müsse.

⁹ An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass diese Arbeit sich auf Beteiligung Dänemarks an der ersten Phase des Irakkrieges konzentriert. Die zweite Phase des Kriegs, die nach dem Einmarsch der alliierten Truppen in Bagdad und dem Sturz des Regimes im April 2003 einsetzt, wird außer acht gelassen.

Daraufhin spielte das Thema Irak eine wichtige Rolle in der Eröffnungsdebatte vom 3. Oktober 2002. Die Politik der Nichtfestlegung und der unklaren Äußerungen der Regierung, welche die kommenden Monate prägte, sollte sich hier bereits anbahnen. Auf die Frage des Parteivorsitzenden der SF, Holger K. Nielsen, ob die Regierungskoalition einen US-Angriff auch dann stützen werde, wenn es kein UN-Mandat gebe, wich der außenpolitische Sprecher der V, Jens Rohde aus. Er erwiderte, dass der UNSR sich erst in Kürze mit einer eventuellen neuen Resolution befassen werde und die Frage daher rein hypothetisch sei. Ministerpräsident Rasmussen dagegen plädierte in seiner abschließenden Rede eindeutig für die UN-Spur: „*Es sollte kein Zweifel darüber herrschen, dass es die Linie der dänischen Regierung und die Linie der EU ist, dass alles was in dieser Sache geschieht, im Rahmen des UN-Sicherheitsrates geschehen sollte*“ (Ritzaus Bureau 03.10.2003). Die Frage der Opposition, ob diese UN-Spur die Unabdingbarkeit eines *neuen* UN-Mandates bedeute, blieb jedoch trotz zahlreicher Nachfragen unbeantwortet.

4.2 Resolution 1441 des UN-Sicherheitsrats

Am 8. November 2002 wurde den gemeinsamen Forderungen der USA und GB nachgekommen und im UNSR die von beiden Staaten eingebrachte Resolution 1441 verabschiedet, in welcher dem Irak mit „*ernsthaften Konsequenzen*“ gedroht wird, wenn er bestehenden Verpflichtungen nicht nachkomme und UN-Waffeninspektionen verweigere¹⁰. Daraufhin wurden die Waffeninspektionen durch die UN am 27. November 2002 nach vier Jahren Pause wieder aufgenommen. Danach beschäftigte sich am 14. November auch das dänische Folketing mit diesen Entwicklungen. Eine breite Mehrheit aus Regierungsparteien DF, S, R und KRF sprach sich dafür aus, dass die Irakfrage im Rahmen der UN gelöst werden müsse. Zudem bekräftigte die Regierung, dass sie auch im Falle einer Blockierung der Waffeninspektionen durch Saddam Hussein keinen US-geführten Krieg unterstützen werde, sondern das weitere Vorgehen im Rahmen der UN entschieden werden müsse (Berlingske Tidende 15.11.2002).

Am 20. November 2002 schließlich tagte der AA, um darüber zu entscheiden, ob Dänemark sich an einem eventuellen Irakkrieg unter UN-Führung beteiligen würde. Aktueller Anlass für die Sitzung war eine Anfrage der USA an 52 Staaten, ob und mit welchen Mitteln diese einen Irakkrieg unterstützen würden (Information 21.11.2002). Mit Ausnahme von SF und EL, die einen Krieg unter allen Umständen ablehnten, stimmten alle anderen Parteien einer Teilnahme zu – mit der klaren Bedingung, dass es eine UN-Verankerung gebe. Nach dem Treffen des AA gab es zwei Interpretationen. Holger K. Nielsen von der SF brachte seine Sorge zum Ausdruck, dass durch kreative Auslegung der Resolution 1441 diese bereits als ausreichend für einen Krieg angesehen werden könnte und der Entschluss bereits die eigentliche Entscheidung für eine Unterstützung eines US-geführten Krieges gewesen sei (World News Connection 20. November 2002). Jeppe Kofod, außenpolitische Sprecher der S, war dagegen sicher, dass die klare Voraussetzung geschaffen worden sei, dass die UN eine Militäraktion legiti-

¹⁰ Ein Bruch der Resolution beinhaltet jedoch keinen Automatismus für einen Krieg. Vielmehr wurde ein Zwei-Stufen-Modell beschlossen. Die UN-Waffeninspektoren sollten zunächst über ihre Erfahrungen vor dem UNSR berichten. Danach sollte im UNSR entschieden werden, ob der Irak ausreichend kooperiere und das weitere Vorgehen beschlossen werden (UN-Sicherheitsrat Resolution 1441, 8. November 2002).

mieren müsse und die Amerikaner keinen Alleingang starten dürften (Information 21.11.2002). Am 7. Januar 2003 tagte der AA erneut und bekräftigte mit den Stimmen der Regierungskoalition sowie DF, S, RV und KRF den Beschluss vom 20. November des Vorjahres. In diesem Zusammenhang wurde eine sogenannte Bruttoliste an die USA verschickt, die alle möglichen Beitragsleistungen Dänemarks auflistete (Ritzaus Bureau 31.01.2003). In einer Fragstunde am 21. Januar im Folketing verweigerte Rasmussen eine eindeutige Aussage auf die Forderung der SF, ausdrücklich zu versichern, dass man USA und GB nur unterstütze, wenn der UNSR dafür eine *neue* Resolution verabschiede (BBC Monitoring Europe 22.01.2003a).

4.3 Geheimverhandlungen mit den USA über dänische Kriegsteilnahme

Vor dem Treffen der EU-Außenminister am 27. Januar 2003 und der Veröffentlichung des ersten Berichts von UN-Chefwaffeninspektor Hans Blix vor dem UNSR am selben Tag kam es zu einem Eklat im Folketing. Am 22. Januar fand ein Bericht der amerikanischen Zeitung *Christian Science Monitor*, wonach die dänische Regierung mit den Amerikanern in geheimen Verhandlungen über eine dänische Kriegsteilnahme stünde, den Weg in das dänische Parlament (BBC Monitoring Europe 22.01.2003b). Vor dem Hintergrund der kurz darauf folgenden Tagungen des EU-Außenministerrates und des UNSR verlangte die Opposition aus S, SF und EL eine Eileinberufung des AA für den 23. Januar 2003. Zweck der Sitzung war es herauszufinden, in welche Aktionen die Regierung bereits verwickelt war. Ferner zu diskutieren, welche Position Dänemark einnehmen werde, falls es in der Irakfrage Uneinigkeit zwischen den EU-Staaten geben sollte. Die Opposition befürchtete nämlich, dass der Außenminister andernfalls ohne Parlamentsmandat eigenmächtig handeln würde, falls Frankreich das Anliegen äußern sollte, beim EU-Außenministertreffen eine einheitliche EU-Haltung zu formulieren. Die Regierung weigerte sich zunächst, diesem Wunsch nachzukommen und wollte den Ausschuss erst einen Tag nach EU- und UNSR-Sitzung einberufen. Denn nach Meinung von Außenminister Møller sei es schlicht unmöglich, sich über eine Situation zu äußern, die noch gar nicht vorliege (Ritzaus Bureau 23.01.2003). Die Empörung in der Opposition war daraufhin groß. Sie war der Ansicht, dass ein AA-Treffen nach der Sitzung der EU-Außenminister und des UNSR viel zu spät sei. Denn dann könne das Folketing nicht mehr über die Haltung Dänemarks mitbestimmen. Daraufhin warfen Teile der Opposition der Regierung Verfassungsbruch vor, sollte sie sich weiter weigern. Søren Søndergard, AA-Mitglied der EL, interpretierte die Weigerung als ein Zeichen dafür, dass die Regierung mit in den Krieg ziehen wolle:

„Deshalb will sie nicht riskieren, im Ausschuss beschnitten und zu Erklärungen und Versicherungen genötigt zu werden, die ihr verbieten, der USA volle Unterstützung zuzusagen“ (Ritzaus Bureau 23.01.2003).

Nachdem schließlich der Präsident des Folketing, Ivar Hansen (V), die Regierung warnte, dass sie sich am Rande der Verfassung bewege, gab diese dem Druck der Opposition nach und berief den AA für den 24. Januar ein, also noch rechtzeitig vor den beiden Sitzungen (Information 24.01.2003). Wesentliches Ergebnis der Ausschusssitzung war die weitgehende Einigkeit darüber, dass der UNSR den Waffeninspektoren mehr Zeit einräumen sollte, sofern

diese in ihrem Bericht darum bitten würden. Des Weiteren bekräftigte Außenminister Møller, dass allein der UNSR entscheiden müsse, ob es Bedarf für ein neues Mandat gebe. Die dänische Regierung werde sich diesem Beschluss dann anschließen (Ritzaus Bureau 24.01.2003). Die S zeigte sich anschließend zufrieden, dass die Regierung die UN-Spur weiterverfolgen wolle. Der außenpolitische Sprecher Mogens Lyyketoft versicherte zudem, dass die S die dänische Teilnahme an einer Militäraktion unterstützen werde, sofern der UNSR aufgrund des Inspektorenberichts eine solche legitimieren würde (Ritzaus Bureau 24.01.2003). Holger K. Nielsen, Vorsitzender der SF, bemängelte allerdings erneut, dass die Regierung sich eine Hintertür offen halte und befürchtete, dass die existierende Resolution 1441 als ausreichend zur Kriegslegitimation ausgelegt werden könnte (Ritzaus Bureau 24.01.2003).

4.4 Offener Brief der Acht

Das nächste Mal kriselte es bereits wenige Tage später, nachdem US-Präsident Bush am 28. Januar 2003 den Irak in seiner Rede zur Lage der Nation (Bush 2003) erneut warnte und die Kriegsentschlossenheit der USA zum Ausdruck brachte. Daraufhin unterzeichnete Ministerpräsident Rasmussen am 31. Januar 2003 gemeinsam mit sieben seiner europäischen Amtskollegen einen offenen Brief (Aznar et al. 2003).¹¹ In diesem forderten sie Europa zum Schulterschluss mit den USA auf und appellierten gleichzeitig an den UNSR, seiner Verantwortung nachzukommen und zu seinen Resolutionen zu stehen. Mit anderen Worten war der Brief eine Aufforderung an den UNSR, einen Krieg gegen den Irak zu legitimieren, da dieser die bestehenden Resolutionen verletzt habe. Der Brief sorgte in der Opposition für Entrüstung. Sie warf dem Ministerpräsidenten vor, Europa durch seine Mitunterzeichnung zu teilen, da nur vier der 15 damaligen EU-Staaten und drei der erst 2004 beigetretenen zehn europäischen Staaten den Brief unterzeichneten. Die Initiative des Ministerpräsidenten untergrabe demnach die gemeinsame EU-Plattform, auf die man sich zuvor bei der EU-Außenministerkonferenz geeinigt habe, nämlich den Waffeninspektoren mehr Zeit einzuräumen. Darüber hinaus warfen S und SF dem Ministerpräsidenten vor, dass vor der Veröffentlichung der AA hätte einberufen werden müssen. Rasmussen konterte den Vorwurf damit, dass er nicht jedes Mal, wenn er irgendwo etwas veröffentliche, das Parlament fragen könne. Außerdem gebe es in dem Brief auch keine Neuigkeiten über die dänische Haltung, daher habe man den Ausschuss ohnehin nicht konsultieren müssen. Einzig die DF unterstützte den Brief. Sie sicherte der dänischen Regierung ihre Unterstützung bei der Abstimmung zu und erklärte, dass es gut sei, dass die Regierung ihre Linie festgelegt habe (Ritzaus Bureau 31.01.2003).

4.5 Debatte über den „dänischen Beitrag“

Bereits einen Tag nach der Veröffentlichung des Briefes tagte der AA am 31. Januar 2003 und beschloss nun konkret, mit welchen Leistungen man die USA in einem eventuellen Krieg unterstützen wollte. Dies geschah, nachdem die USA eine Wunschliste – basierend auf der Bruttoliste vom 7. Januar – an die dänische Regierung schickte. Der AA beschloss mit den

¹¹ Neben Dänemark unterzeichneten auch die Regierungschefs der Staaten Großbritannien, Spanien, Italien, Polen, Portugal, Ungarn und Tschechien.

Stimmen der Regierungskoalition und der DF, dass Dänemark im Falle eines Krieges 50 Soldaten eines Jäger- und Taucherkommandos, ein U-Boot und eine Fregatte mit insgesamt 150 Truppen stellen werde, jedoch nur unter den Bedingungen, dass der Krieg im UNSR „verankert“ ist, es hierfür eine Mehrheit nach einer Abstimmung im Folketing gibt und die Zusagen nur als vorläufig zu sehen sind als Zeichen einer generellen Kriegsbereitschaft. Anders als bei den beiden vorherigen Beschlüssen vom 20. November 2002 und 7. Januar 2003 stimmten S, RV und KRF nun nicht mehr für einen dänischen Beitrag, sondern nahmen den Beschluss lediglich zur Kenntnis. Für Außenminister Møller war der Beschluss direkte Konsequenz der früheren Zusagen Dänemarks, die gemeinsam mit S, RV und KRF beschlossen wurden. Daher äußerte er Verwunderung über das Verhalten der drei Parteien und erinnerte an die Solidaritätsbekundungen gegenüber den USA unter der alten Regierung aus S und RV (Ritzaus Bureau 31.01.2003).

Am 1. Februar 2003 äußerte sich daraufhin Mogens Lykketoft (S) besorgt über das dänische Profil des Einsatzes. Dänemark müsse aufpassen, dass es im Vergleich zu anderen beitragenden Staaten kein zu hartes Profil bekomme, wenn es sowohl Jäger- und Taucherkommando *als auch* ein U-Boot bereitstelle. Wenn man eine breite Mehrheit im Parlament erreichen wolle, müsse man die Zusammensetzung des Beitrages mit S, RV und KRF diskutieren und neu überdenken. In diesem Zusammenhang äußerte sich auch Niels Helveg Petersen (RV). Er forderte die Regierung auf, genau zu beschreiben, welche Aufgaben die Spezialkräfte erfüllen sollten und mit wem sie zusammenarbeiten würden. Dies müsse das Folketing wissen, um die möglichen Gefahren für die dänischen Soldaten und den Zweck des Einsatzes beurteilen zu können (Ritzaus Bureau 01.02.2003). Verteidigungsminister Jensby wies die Kritik der S aber zurück und meinte, dass Spezialkräfte und U-Boot der bestmögliche Beitrag seien, den Dänemark zur Abrüstung des Iraks leisten könne (Ritzaus Bureau 02. 02.2003).

Am 4. Februar reichte die EL den Antrag B83 (Folketing 2003a) im Folketing ein. Dieser forderte die Regierung auf, alle Kriegsvorbereitungen zu stoppen, bis das Parlament endgültig über eine Kriegsteilnahme entschieden habe. Das dänische U-Boot, das sich bereits auf dem Weg in den Golf befand, sollte zudem zur Umkehr bewegt werden. Alle Sitzungen zur Irakfrage sollten darüber hinaus zukünftig nur noch öffentlich stattfinden. Dadurch sollte der Prozess transparenter und die Bevölkerung besser über die Vorgänge informiert werden. Der Antrag wurde am 18. Februar im Plenum diskutiert und anschließend abgelehnt, da nur von EL und SF unterstützt. Alle anderen Parteien stimmten dagegen, da Konsens darüber herrschte, dass militärische Vorbereitungen ein gewisses Maß an Geheimhaltung verlangen und der Druck auf Saddam Hussein durch einen Stopp der Vorbereitungen abgeschwächt würde (Ritzaus Bureau 18.02.2003).

4.6 Angebliche Beweise für irakische Massenvernichtungswaffen

Am 5. Februar 2003 sprach Colin Powell (2003) vor dem UNSR und präsentierte sein angebliches Beweismaterial über die Existenz und fortgesetzte Produktion von Massenvernichtungswaffen im Irak.¹² Daraufhin tagte der AA erneut – mit dem wiederholten Ergebnis, dass

¹² Ähnliche Vorwürfe finden sich auch in den beiden Irak-Dossiers der Britischen Regierung, die am 24. September 2002 und am 3. Februar 2003 präsentiert wurden. Darin wird dem Irak unter anderem vorgeworfen, wei-

eine große Mehrheit im Folketing einen Krieg gegen den Irak mittragen werde, sofern der UNSR diesen unterstütze. Nach der Verweigerung vom 7. Januar unterstützten die S bei dieser Sitzung einen möglichen Beitrag wieder (nicht so RV und KRF), weil sie von den Beweisen Powells überzeugt waren, wie Jeppe Kofod mitteilte (World News Connection 06.02.2003). Allerdings wurde erneut deutlich, dass zwischen den Parteien Unklarheit darüber herrschte, wie die so oft erwähnte UN-Spur aussehen solle, mit anderen Worten, ob Resolution 1441 bereits eine ausreichende Grundlage darstelle. Die DF machte allerdings deutlich, dass sie notfalls auch einen amerikanischen Alleingang ohne klare UN-Zustimmung unterstützen würde. Die Oppositionsparteien waren entweder prinzipiell gegen einen Krieg und forderten andere Lösungen (SF, EL) oder forderten eine klare UN-Verankerung durch einen UNSR-Beschluss (S, RV, KRF) (Politiken 08.02.2003).

In einem Bericht der Zeitung *Politiken* vom 15. Februar wurde dann deutlich, dass die Stimmung in der V langsam zu Ungunsten der UN kippen könnte. Erstmals wurden Stimmen aus der Folketinggruppe laut, die eine dänische Beteiligung auch ohne klare UN-Verankerung forderten. So äußerte sich beispielsweise die EU-politische Sprecherin der V, Charlotte Antonsen: *„Sicher ist es ein Vorteil, wenn es eine UN-Verankerung gibt. Aber ich mag den Gedanken nicht, dass Russland und China mit ihrem Veto darüber entscheiden sollen, was wir außenpolitisch unternehmen“* (Politiken 15.02.2003).

Die Sitzung des AA am 17. Februar wollte die Opposition daraufhin nutzen, um der Regierung endlich eine klare Äußerung abzurufen, ob man für den Krieg eine neue Resolution voraussetze oder die bestehende Resolution 1441 als ausreichend erachte. Genau wie in der Fragestunde im Folketing am selben Tag blieb die Regierung aber erneut eine klare Antwort schuldig (Ritzaus Bureau 18.02.2002). Nach der Kritik der Opposition am zu harten Profil des dänischen Einsatzes machte die Regierung in der Sitzung aber erste Zugeständnisse. Ministerpräsident Rasmussen verkündete den Beschluss, im Rahmen einer eventuellen Kriegsbeteiligung 50 Millionen Kronen¹³ für humanitäre Zwecke und ein Team aus zwei Ärzten und einem Krankenpfleger zur Verfügung zu stellen (Politiken 18.02.2003). In diesem Zusammenhang ist auch die anschließende Aussage Rasmussens zu sehen, dass er weiterhin Wert darauf lege, dass die traditionelle Einigkeit der vier großen Parteien (V, KF, S, RV) in der dänischen Außenpolitik in einer so wichtigen Frage erhalten bleibe (Jyllands Posten 18.02.2002).

Am 7. März tagte der UNSR erneut zum Thema Irak und Hans Blix präsentierte die neuesten Ergebnisse der Waffeninspektionen (UN-Sicherheitsrat 7.3.2003). In diesem Bericht konstatierte der UN-Chefinspekteur, dass der Irak bedingungslos und aktiv kooperiert habe, was den Prozess angehe, aber nur teilweise was die Substanz betreffe. So könnten sich die Inspektoren frei bewegen und die gewünschten Ziele inspizieren, die Administration könne aber noch weit mehr Unterstützung leisten, was beispielsweise die Offenlegung von Dokumenten angehe. Abschließend bemerkte er, dass eine vollständige Abrüstung des Irak „nicht Jahre oder Wochen, aber Monate“ dauern würde (2003b: 6). Die Opposition war mit diesen Ergebnissen zufrieden und wählte den Irak auf dem richtigen Weg. Dagegen zeigte sich die

terhin das Ziel zu verfolgen, Massenvernichtungswaffen zu produzieren und Anstrengungen unternommen zu haben, Uran aus Afrika zu beziehen (Great Britain 2002, Great Britain 2003).

¹³ Etwa 6,7 Millionen Euro (Stand: 23. Oktober 2007).

dänische Volkspartei skeptisch. Wie der außenpolitische Sprecher, Peter Skaarup, betonte, zeige der Bericht eben auch, dass der Irak nicht vollständig kooperiere (Kristeligt Dagblad 08.03.2003). In der gleichen Sitzung des UNSR räumten die USA und GB dem Irak eine letzte zehntägige Frist zur Abrüstung bis zum 17. März ein, nach deren Ablauf ein Krieg begonnen werden sollte, falls der Irak nicht kooperiere. Die Haltung der dänischen Regierung blieb indes weiterhin unklar. Ministerpräsident Rasmussen erklärte gegenüber der *Politiken*, dass man erst abwarten wolle, was der UNSR beschließe, um dann zu diesem Beschluss Stellung zu beziehen (Politiken 13.03.2003).

4.7 Keine neue Resolution des UN-Sicherheitsrats

In der Zwischenzeit hatten die USA, GB und Spanien eine neue Resolution in den UNSR eingebracht, welche einen Krieg gegen den Irak aufgrund der Nichtbefolgung von Resolution 1441 rechtfertigen sollte. Die Abstimmung darüber wurde aber mehrfach vertagt, da im Laufe der Verhandlungen deutlich wurde, dass neben den drei Staaten nur noch Bulgarien für die Resolution stimmen würde (BBC News 25.2.2003). Letztlich zog man den chancenlosen Entwurf am 17. März ohne vorherige Abstimmung zurück (Associated Press 17.3.2003). Dies bedeutete das Ende der diplomatischen Bemühungen der USA, GB und Spanien, in letzter Minute die Zustimmung des UNSR für eine neue Resolution zu gewinnen und einen Angriff mit Zustimmung der UN zu führen. Am selben Tag stellte die US-Administration Saddam Hussein ein letztes Ultimatum und drohte mit dem Angriff des Irak, sollte dieser nicht bis zum 19. März das Land verlassen haben.

4.8 Vorschlag B 118

Nun war die dänische Regierung gezwungen Farbe zu bekennen. Am 18. März brachte Außenminister Møller den Vorschlag B118 „Über eine dänische Militärbeteiligung an einem multinationalen Einsatz im Irak“ zur Abstimmung in das Folketing ein (Udenrigsministeriet 2003). Der Vorschlag sorgte in der Opposition für Entrüstung, wurde aber nach dreitägiger Behandlung im Folketing von V, KF und DF mit 61 zu 50 Stimmen angenommen.¹⁴ Damit war die dänische Beteiligung endgültig beschlossene Sache.

¹⁴ Die Tatsache, dass mit 68 Abgeordneten mehr als ein Drittel des Parlamentes bei der Abstimmung nicht anwesend war, mutet zunächst seltsam an. Dahinter verbirgt sich aber ein Ausgleichssystem zwischen den Parteien. So haben beispielsweise V und S die Abmachung, dass pro Partei bis zu 17 Parlamentarier fern bleiben dürfen. Dies erlaubt es den Abgeordneten, wichtige Termine außerhalb des Parlamentes wahrzunehmen, ohne dass dadurch die Mehrheitsverhältnisse im Parlament verändert würden. Einzige Bedingung ist, dass mindestens hundert Abgeordnete anwesend sind. Eine Abstimmung bei voller Besetzung hätte demnach bezüglich des Kräfteverhältnisses das gleiche Resultat ergeben.

5. Diskursanalyse der Folketingdebatte über den Vorschlag B118

Die zentralen Diskursstränge und -positionen der Folketingdebatte über den Vorschlag B118 sollen in diesem Teil der Arbeit systematisch analysiert werden. Dies soll Aufschluss über die verschiedenen Diskurspositionen im Parlament geben und die Gründe verdeutlichen, warum das dänische Parlament trotz seiner starken *war powers* und der nachgewiesenen Kriegsverantwortung der Bevölkerung eine Truppenentsendung zuließ. Die Analyse stützt sich dabei auf den Vorschlag B118 des Außenministeriums, das Protokoll der anschließenden ersten Debatte vom 19. März 2003 und das Protokoll der Sitzung des Verteidigungsausschusses am 20. März. Die abschließende zweite Behandlung von B118 am 21. März wurde in dieser Arbeit (bis auf wenige Ausnahmen) aus zweierlei Gründen außer Acht gelassen. Zum einen finden sich in der zweiten Debatte keine wesentlichen neuen Positionen wieder. Zum anderen starteten die Amerikaner in der Nacht zum 20. März die Bombardierung des Irak. Der erste Sitzungstag scheint daher geeigneter, weil er die Diskurspositionen vor dem erstmaligen Einsatz von Gewalt widerspiegelt.

5.1 Die Diskursakteure

Zentraler Diskursakteur der vorliegenden Arbeit ist das Folketing. Da Parlamente aber natürlicherweise keine einheitlichen Akteure sind, sondern sich in einzelne Parteien mit unterschiedlichen Interessen differenzieren, muss näher unterschieden werden. In der zu untersuchenden Streitfrage der militärischen Beteiligung Dänemarks am Irakkrieg hat sich das Parlament in zwei wesentliche Lager aufgespalten, einerseits die kriegsbefürwortenden *Regierungsparteien V und KF* sowie deren „*Mehrheitsstütze*“ *DF* und die *Opposition aus S, SF, RV, EL* und *KRF*. In der Analyse wird daher in der Regel nur zwischen diesen Akteuren unterschieden und die genannten Parteien als einheitliche Akteure angesehen, sofern nicht explizit darauf hingewiesen wird. Wenn folgend also von Opposition die Rede ist, dann sind die oben genannten Parteien gemeint. Zwar ist die *DF* faktisch auch zu dieser zu zählen, in der Irakfrage unterstützte sie aber die Regierung stark. Hinzu kommt noch der Akteur *dänische Regierung*. Dabei beschränkt sich diese Bezeichnung in der vorliegenden Arbeit auf die hauptsächlich in die Debatte involvierten Minister, also Ministerpräsident Rasmussen und Außenminister Per Stig Møller. Neben dem Parlament auch die Regierung in den Untersuchungsbereich einzubeziehen, scheint sinnvoll, da Regierung und Koalitionsparteien in einem parlamentarischen System in der Regel eine funktionale Einheit bilden und nur schwer unabhängig voneinander betrachtet werden können.

5.2 Die zentralen Diskursstränge der Folketingdebatte über den Vorschlag B118

Wie die Diskursanalyse zeigen wird, war die Debatte im Wesentlichen von sechs Diskurssträngen geprägt. Dabei handelte es sich einerseits um die Fragen, ob eine gewaltfreie Abrüstung des Irak noch realistisch sei, die bestehende Resolution 1441 ausreichende völkerrechtli-

che Grundlage für eine Irakinvasion liefere und welche Rolle Amerika als Sicherheitsgarant beigemessen wurde. Darüber hinaus wurde die Bedeutung des Irak für den internationalen Terrorismus, das dänische Selbstverständnis als internationaler Akteur und die Bedeutung der Bevölkerungmeinung diskutiert. All diese Diskursstränge sollen im Folgenden näher dargestellt werden.

5.2.1 Massenvernichtungswaffen - Keine Alternative zur gewaltsamen Abrüstung

Hauptargumentation der Kriegsbefürworter im Folketing war die Annahme, dass der Irak trotz eines Verbotes durch den UNSR immer noch in Besitz von Massenvernichtungswaffen war und damit gegen die Resolutionen 1441 verstoße. Daher stelle der Irak eine ständige Bedrohung des internationalen Friedens dar. Die Verstöße werden in Resolution 1441 vom 8. November 2002 zusammengefasst. In dieser wird dem Irak vorgeworfen, dass er die verlangte *„genaue, vollständige und endgültige Offenlegung aller Aspekte seiner Programme zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen (...) nicht vorgenommen hat“* (UN-Sicherheitsrat 8.11.2002). Außerdem wird der Irak beschuldigt, dass er den *„bedingungslosen und uneingeschränkten Zugang zu den von der Sonderkommission der Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation bezeichneten Stätten wiederholt behindert hat“* (UN-Sicherheitsrat 8.11.2002) und nicht bedingungslos mit den Waffeninspektoren kooperiert und seit 1998 jegliche Zusammenarbeit eingestellt habe.

Gemeinsam mit den beiden Regierungsparteien war die DF nach den Berichten der UN-Waffeninspektoren der Ansicht, dass der Irak die Resolution 1441 nicht eingehalten habe und es keine Alternative mehr zu einer gewaltsamen Abrüstung gebe. Die Parteien argumentierten, dass der Irak zwölf Jahre und vier Monate Zeit zur Abrüstung und Kooperation gehabt habe. Mit Verweis auf den Bericht von Hans Blix wurde gefolgert, dass der Irak die in Resolution 1441 beschriebene letzte Möglichkeit erneut nicht genutzt habe. Eine erneute Verlängerung des Inspektionszeitraumes hätte nach Ansicht der Parteien keine positiven Effekte erzielt, da Hussein sich schlicht nicht friedlich abrüsten lassen wolle. Eine weitere Verlängerung des Inspektionszeitraums würde nur das Signal senden, dass der Irak die internationale Gemeinschaft einmal mehr an der Nase herum geführt habe und sich alles erlauben könne (Folketing 2003b). Der außenpolitische Sprecher der V, Jens Rohde, argumentierte, dass nun, wo ein eindeutiger Zeitplan im UNSR gescheitert sei, jedes Land selbst entscheiden müsse, welchen Weg es weiter gehe. Aus Sicht seiner Partei dürfe man die vorliegende Gunst der Stunde, in der es endlich eine Koalition kriegsbereiter Staaten gebe, nicht leichtfertig aufs Spiel setzen, nur weil man lieber noch abwarten wolle (Folketing 2002a). Ähnlich sah dies auch die außenpolitische Sprecherin der KF, Pia Christmas-Møller:

„Jeder der sich mit Politik beschäftigt weiß, dass es Augenblicke gibt, die man nutzen muss, weil sie sonst nie wieder kommen. Saddam versucht, die internationale Gemeinschaft an diesem Handlungsaugenblick vorbeizuschleusen, wohlwissend, wie schwer es sein wird, die internationale Koalition zusammenzuhalten“ (Folketing 2003b, eigene Übersetzung).

Die Opposition dagegen war der Meinung, dass nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft waren. Der Bericht der Waffeninspektoren habe sehr wohl gezeigt, dass es positive Entwicklungen in der Abrüstungsfrage gegeben und der Irak begonnen habe zu kooperieren. S und RV erinnerten daran, dass dies im Grunde ja auch die Ansicht der Mehrheit im UNSR sei. Sie betonten, dass es bei einer Verlängerung nicht um Jahre gehe, sondern lediglich um die von Blix geforderten ein bis zwei Monate (Folketing 2003b). Für die SF war eine gewaltsame Abrüstung generell keine Option. Ein Abbruch der Waffeninspektionen mit anschließendem Kriegsbeginn sei ein völlig unnötiger Kurzschluss des UN-Prozesses, der die Weltgemeinschaft in eine tiefe Krise stürze (Folketing 2003c). Auf das Argument, dass zwölf Jahre und vier Monate der Nichtkooperation genug seien, warf der außenpolitische Sprecher der SF, Holger K. Nielsen, der Regierung Doppelmoral vor und fragte, warum man dann nicht auch Israel angreife, da dieses seit dreißig Jahren die bestehenden Resolutionen breche.

5.2.2 Verankerung in der UN

Der Hauptkonfliktpunkt in der dreitägigen Debatte war die Frage, ob ein Angriff auf den Irak in der UN verankert und durch diese legitimiert war. Die Antwort auf die Frage war insofern unklar, als die damals aktuelle Resolution 1441 bei Nichteinhaltung nur mit „*ernsten Konsequenzen*“¹⁵ drohte und einen Automatismus bei Resolutionsbruch vermied. Vielmehr geht aus Abschnitt 12 hervor, dass der UNSR unmittelbar nach dem Bericht der UN-Waffeninspektoren zusammenkommen sollte, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Jedoch konnte man sich im UNSR weder auf eine neue Resolution noch einen neuen Beschluss einigen.

Das dänische Außenministerium war der Ansicht, dass ein Truppenbeitrag sehr wohl in der UN verankert und mit dem Völkerrecht vereinbar war. Dies geht aus dem Vorschlag B118 deutlich hervor. Die Regierung stützt sich dabei auf die Argumentation eines völkerrechtlichen Gutachtens vom 17. März 2003, welches beim Völkerrechtsbüro des Außenministeriums (Udenrigsministeriet 2003a) in Auftrag gegeben wurde. Die Gutachter schlussfolgern, dass die bestehende Resolution 1441 ausreichende Grundlage für einen Militärschlag gegen den Irak ist, dies jedoch nur in Zusammenhang mit den beiden früheren Resolutionen 678 und 687, die durch 1441 nicht suspendiert, sondern aktualisiert und bekräftigt würden.¹⁶

Die Regierungskoalition aus V und KF schloss sich der Argumentation dieses Gutachtens an und verteidigte im Rahmen der Debatte vehement, dass eine militärische Machtanwendung gegen den Irak folglich in der UN verankert sei. Die Opposition sah dies entschieden anders. Die RV kritisierte vor allem, dass die Gutachter nicht nur juristisch sondern auch politisch urteilten, wenn sie behaupteten, die Bestrebungen der Inspektoren seien vergeblich und einziger Ausweg die Anwendung militärischer Macht. Diese Einschätzung sei nicht Aufgabe der

¹⁵ Üblicherweise drohen die UN-Resolutionen im Falle einer Kriegsermächtigung nicht mit „serious consequences“ sondern sprechen von „authorize of all necessary means“ (Knudsen 2004: 54).

¹⁶ Die Resolution 678 vom 29. November 1990 ermächtigt die Mitgliedsstaaten der UN militärische Gewalt gegen den Irak anzuwenden, mit dem Ziel Kuwait von der irakischen Besatzung zu befreien (UN-Sicherheitsrat 29.11.1990). Die Resolution 687 vom 3. April 1991 verpflichtet den Irak zur Vernichtung seiner biologischen und chemischen Waffen und fordert ihn auf, UN-Waffeninspektoren ins Land zu lassen (UN-Sicherheitsrat 3.4.1991).

Juristen, sondern vielmehr der Politik und sie widerspreche den Aussagen von Blix, dass der Irak kooperiere (Folketing 2003b).

RV, S, und KRF betonten, dass sie militärische Machtanwendung als letzte Konsequenz niemals abgelehnt hätten. Voraussetzung sei aber die Autorisierung durch die UN, die durch Resolution 1441 nicht gegeben sei. Es sei kein neuer UNSR-Beschluss getroffen worden und ein Krieg somit völkerrechtswidrig (Folketing 2003b). EL und SF stellten sich prinzipiell gegen eine Militäraktion und wehrten sich vehement gegen die Argumentation des Gutachtens, das von der SF mitunter als Auftragsarbeit bezeichnet wurde (Folketing 2003b).

Die DF zeigte sich im Kontrast zu allen anderen Parteien relativ gleichgültig gegenüber der UN-Spur und sprach sich für eine bedingungslose Unterstützung der USA aus, egal ob mit oder ohne UN-Mandat. Ihrer Ansicht nach habe die UN in der Irakkrise schlicht versagt und müsse daher dringend reformiert werden. Es dürfe nicht sein, dass so wichtige Entscheidungen von „*Diktaturen, korrupten Regimen und undemokratischen Staaten*“ wie Kamerun, Angola und Syrien durch den UNSR mitgetroffen werden könnten (Folketing 2003b). Zudem äußerte sich Jesper Langballe von der DF auch kritisch gegenüber dem Völkerrecht. So betonte er, dass er sich nicht an einer völkerrechtlichen Diskussion beteiligen wolle, in welcher angenommen werde, dass das Völkerrecht ein exaktes Gesetzbuch sei, in dem man präzise nachschlagen könne, was zu tun sei (Folketing 2003b).

5.2.3 Die USA als wichtigste Verbündete

Im Laufe der Debatte wurden klare Bruchstellen im Parlament zwischen den transatlantischen und den europäischen Verfechtern der Sicherheitspolitik deutlich. Sowohl Regierungskoalition als auch DF betonten, dass man die USA unterstützen müsse, da sie der wichtigste Verbündete Dänemarks sei. Die Vorgängerregierung aus RV und S habe ihr nach den Anschlägen des 11. September 2001 Unterstützung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zugesagt. Diese Linie müsse man nun auch einhalten. Aber kaum seien beide Parteien in der Opposition angekommen, habe dieses Versprechen keine Gültigkeit mehr, so der Vorwurf der Regierungsparteien (Folketing 2003b).

Als stärkste Anhängerin der US-Linie stellte sich die DF heraus. Der außenpolitische Sprecher, Peter Skaarup, betonte, dass es die USA waren, die Dänemark im Zweiten Weltkrieg von den Nazis befreit hätten, im Kalten Krieg wichtigster Garant für dessen Sicherheit gewesen seien und dies auch zukünftig sein werden. Daher sei es vollständig verkehrt, wenn das Folketing und die Regierung falsche Signale sendeten. Aus diesen Gründen müsse man die USA unterstützen und dürfe die dänische Sicherheit nicht in die Hände Frankreichs und Deutschlands legen (Folketing 2003b).

Regierung und DF mussten ob dieser Amerika-Treue vielerlei Kritik hinnehmen. Einheiliges Credo der übrigen Parteien war, dass es falsch sei, den USA blind zu folgen, nur weil sie in der Vergangenheit viel für Dänemark und Europa geleistet hätten. Genau wie die KRF betonte auch Frank Jensen (S), dass das transatlantische Bündnis zwar wichtig für Dänemark sei. Er hob aber im Gegenzug hervor, dass Dänemarks unmittelbarste Interessen in Europa lägen. Daher dürfe man sich nicht vom amerikanischen Präsidenten „durch die Manege peitschen“ (Folketing 2003b, eigene Übersetzung) lassen, sondern müsse die Interessen Däne-

marks wahrnehmen und vertreten. Der Preis für die Unterstützung der USA sei eine totale Isolierung Dänemarks nicht nur von seinen engsten Nachbarn Schweden und Norwegen. Auch habe man dazu beigetragen, ganz Europa, die NATO und die UN zu spalten. Anstatt den Amerikanern zu folgen und die UN-Spur zu verlassen, hätte man besser daran getan, mit den anderen skandinavischen Ländern einen gemeinsamen humanitären Beitrag auf die Beine zu stellen. Dann wäre der Regierung eine breite Mehrheit sicher gewesen (Folketing 2003b). Auch die RV betonte, dass Dänemark ein klares Interesse an einem atlantischen und europäischen Fundament in der Außenpolitik habe. Es sei aber klare Aufgabe Dänemarks, dazu beizutragen, eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik zu entwerfen, „*auch um dem amerikanischen Monopol in der Außenpolitik entgegenzuwirken*“ (Folketing 2003b, eigene Übersetzung).

Die schärfste US-Kritik kam von EL und SF. Die EL warf den USA vor, den Krieg allein aus ökonomischen und geopolitischen Interessen zu führen (Folketing 2003b). Auch die SF währte in Wahrheit Ölinteressen hinter den Angriffen, denn der Irak sei nur einer von vielen Schurkenstaaten auf der Welt. Wenn die neue nationale Sicherheitsstrategie der USA mit ihren *preemptive strikes* bedeute, dass man alle Staaten angreifen dürfe, die eine potentielle Bedrohung darstellen könnten, dann stehe die Erde vor einer unendlichen Reihe von Kriegen (Folketing 2003c). Die Abstimmung, die dem Folketing bevorstehe, sei auch eine Wahl zwischen UN und USA und als solche auch eine Entscheidung für Recht oder Macht. Die Regierung habe sich offenkundig für die Macht und gegen das Recht entschieden, indem sie wählte, mit den USA die stärkste Militärmacht der Welt zu unterstützen, so Holger K. Nielsen, außenpolitischer Sprecher der SF (Folketing 2003b).

5.2.4 Irak als Hort des internationalen Terrorismus

Eine weitere Konfliktlinie war die Frage, inwieweit der Irak Verbindungen zum internationalen Terrorismus unterhielt. Besonders die DF begründete ihre kriegsunterstützende Haltung auch mit der Überzeugung, dass der Irak nachweislich Verbindungen zum internationalen Terrorismus habe. Dabei berief sich die Partei auf die Rede Colin Powells (2003) vor dem UNSR, in der er behauptet, dass der Irak islamistische Terroristen beherberge, die sich dort frei bewegen dürften. V und KF zeigten sich bezüglich dieses Themas allerdings zurückhaltender und sprachen höchstens von der Bekämpfung eines terroristischen Regimes. Die Oppositionsparteien waren generell skeptisch gegenüber der Verbindung zwischen Saddam Hussein und dem internationalen Terrorismus. Wie Holger K. Nielsen (SF) betonte, gebe es „*keinen seriösen Menschen, der bestätigen würde, dass es eine Verbindung zwischen Saddam Hussein und dem internationalen Terrorismus gibt*“ (Folketing 2003b, eigene Übersetzung). Nach Meinung von Terrorexperten werde ein Krieg gegen den Irak den internationalen Terrorismus im Westen nicht verringern, sondern verschlimmern. Der Einzige, der sich diesen Krieg folglich wünschen würde, sei Osama Bin Laden.

5.2.5 Verfolgung einer aktiven dänischen Außenpolitik

Wie aus Vorschlag B118 hervorgeht, steht eine dänische Beteiligung im Irak nach Ansicht des Außenministers „in Übereinstimmung mit der früheren dänischen Irak-Politik¹⁷ und der dänischen Nichtverbreitungspolitik in Bezug auf Massenvernichtungswaffen“ (Udenrigsministeriet 2003b, eigene Übersetzung). Ein dänischer Beitrag sei demnach eine „natürliche Fortsetzung der traditionellen dänischen Bestrebungen, aktiv an der Stärkung der internationalen Rechtsordnung mitzuwirken“ (Udenrigsministeriet 2003b, eigene Übersetzung), und werde dazu beitragen, die Bedrohung gegen den internationalen Frieden in der Region zu bekämpfen. Dieser Argumentation schlossen sich Regierungsparteien und DF an. RV, S und KRF betonten dagegen, dass es gegen eine aktive Rolle keine Einwände gebe, es aber eine UN-Verankerung geben müsse. Zudem sei es absurd, einen Beitrag mit dem Ziel der Stärkung des internationalen Rechts zu begründen, wenn man sich selbst nicht an die Regeln halte und gegen das Völkerrecht verstoße (Folketing 2003b).

5.2.6 Kriegsbeteiligung keine Frage der Bevölkerungsmeinung

Im Laufe der Debatte wurde an einigen Stellen deutlich, dass die Kriegsbefürworter im Parlament sich von den Meinungsumfragen zum Thema Irakkrieg relativ unbeeindruckt zeigten. Auf der anderen Seite warf besonders die SF den Befürwortern immer wieder vor, dass sie mit einer Entsendung dänischer Truppen gegen die Mehrheit der Bevölkerung regierten. Jens Rohde (V) reagierte auf einen derartigen Vorwurf mit der Aussage, dass die Irakfrage keine Frage danach sei, in welche Richtung die Meinungsumfragen deuteten. Vielmehr habe seine Partei sich mit der Übernahme der Regierungsverantwortung auch dafür entschieden, eine Führungsrolle einzunehmen. Dies bedeute auch, entscheiden zu müssen, wann die Geduld mit Saddam Hussein am Ende sei (Folketing 2003b). Auch Jesper Langballe (DF) äußerte sich ähnlich. Seiner Meinung nach sei der Ruf nach den Meinungsumfragen reiner Populismus, schließlich seien diese nicht die „höchste Instanz des Völkerrechts“ (Folketing 2003d, eigene Übersetzung). Daher solle man seine politische Meinung nicht danach richten. Auch Pia-Christmas Møller (KF) äußerte sich dazu im Parlament. Demnach habe weder die Regierung noch die KF jemals bestritten, dass es keinen Rückhalt in der Bevölkerung für eine dänische Beteiligung gebe:

„Aber es kommt ein Zeitpunkt, ab dem man sich von den bequemen Lösungen distanzieren muss, ab dem man sich der Verantwortung und Rolle seiner Führerschaft stellen muss. In solchen Situationen nützt es nichts, die Augen vor den Tatsachen zu verschließen. Es nützt auch nichts, einfach nur die Wähler zu repräsentieren, die einen gewählt haben. Man muss auch auf sich nehmen, die Wähler zu leiten, und zwar auf Grundlage der Haltung, wegen der man gewählt wurde“ (Folketing 2003d, eigene Übersetzung).

¹⁷ Dänemark war bereits im zweiten Golfkrieg an einer internationalen Truppe im Irak beteiligt, darüber hinaus auch bei der Bombardierung im Jahre 1998. Diese folgte auf die Ausweisung der Waffeninspektoren aus dem Irak durch Saddam Hussein und geschah ebenfalls ohne neues UN-Mandat. In der hier analysierten Debatte wurde kontrovers diskutiert, ob die beiden Fälle von 1998 und 2003 (ebenso die dänische Beteiligung am Kosovokrieg) vergleichbar seien. Regierung und DF waren dieser Ansicht, die damaligen Regierungsparteien S und RV widersprachen dem vehement. Aus Platzgründen kann dieser Diskursstrang im Rahmen der Arbeit aber nicht weiter untersucht werden.

6. Fazit

Nachdem dargestellt wurde, welche *war powers* das dänische Folketing besitzt, wie es diese während der Irakkrise in Anspruch nahm und welche Argumente die jeweiligen Akteure veranlassten, sich in der Irakfrage zu positionieren, kann nun eine Einschätzung dazu abgegeben werden, wie die Ereignisse im Folketing vor dem Hintergrund der Theorie des Demokratischen Friedens zu bewerten sind. Dies soll Aufschluss darüber geben, warum das dänische Parlament – trotz der gegebenen Voraussetzungen – eine Beteiligung am Irakkrieg 2003 zuließ und Dänemark als solches eine Ausnahme unter den europäischen Staaten darstellte.

Zunächst ist festzustellen, dass das Folketing im Vorfeld der Entscheidung durch zahlreiche mündliche und schriftliche Fragen, Anträge und AA-Sitzungen (darunter eine erzwungene) von seinen Kontrollrechten intensiv Gebrauch gemacht hat. Auf der anderen Seite hat sich auch die Regierung auf den ersten Blick an die Spielregeln gehalten und alle wesentlichen Fragen im AA mit dem Folketing besprochen. Die Art und Weise, wie dies geschah, ist aber problematisch zu sehen.

Für die parlamentarische Kontrolle ist die Versorgung des Parlamentes mit ausreichenden Informationen durch die Regierung eine notwendige Bedingung. Vergeblich versuchte die Opposition jedoch in zahlreichen Fragestunden und AA-Sitzungen, der Regierung zu entlocken, welche Irakpolitik sie genau verfolgte. Dabei wurden ihr oft sehr konkrete Szenarien vorgestellt, auf die sie antworten sollte – darunter auch das letztlich realisierte des amerikanischen Alleingangs. Die Regierung hielt es aber bis zum Scheitern einer neuen Resolution im UNSR offenbar nicht für nötig, auf derlei hypothetische Situationen zu antworten, sprach schwammig allenfalls von „*Verankerung in der UN*“¹⁸ oder dem „*Folgen der UN-Spur*“ und ließ die Opposition über ihre tatsächlichen Absichten weitestgehend im Dunkeln.¹⁹ Mehrfach wurde in der Debatte die Frustration darüber deutlich, wie seitens der Regierung mit der Opposition umgegangen wurde. Es wurden Vorwürfe laut, dass die Regierung sich in der ganzen Irakfrage unmöglich verhalten und haufenweise skandalöse Antworten, Ausreden und Leugnungen produziert habe und es schlicht nicht möglich gewesen sei, die Irakfrage in einer ordentlichen Debatte zu diskutieren. Auch die Kürze der Zeit habe eine intensive Behandlung im Folketing verhindert.

Mit ihrer unklaren Linie schaffte es die Regierung, dass anfänglich eine breite Mehrheit im Folketing einer dänischen Beteiligung zustimmte und sechs der acht Parteien im AA eine solche Beteiligung stützten. Innerhalb der Opposition kam es zu Verwirrung, was diese Verkläuterungen genau bedeuteten. Während die einen sich lange Zeit sicher glaubten, dass jegliche Aktionen nur mit der UN verfolgt würden, sahen andere dies weit pessimistischer und argwöhnten bereits die spätere Vorgehensweise. Dies trug letztlich dazu bei, dass es die

¹⁸ Wie aus einem Interview mit dem Pressechef des Ministerpräsidenten deutlich wurde, hatten die von der Regierung gewählten Floskeln durchaus Methode und wurden mit Umsicht gewählt. So habe man gemerkt, dass das Wort „*Verankerung*“ ein Schlüsselwort der Amerikaner darstelle, da dies nicht impliziere, dass ein neues UN-Mandat Voraussetzung für einen Krieg sei (Information 21.11.2002).

¹⁹ Die Regierung hat sich letztlich dafür entschieden, dass Resolution 1441 ausreichende Grundlage für eine Militärmission liefert. Zu klären ob dies tatsächlich der Fall ist, ist nicht der Anspruch dieser Arbeit, sondern muss an anderer Stelle geschehen. Eine zum Völkerrechtsbüro des Außenministeriums konträre Meinung ist beispielsweise nachzulesen bei Knudsen (2004).

Regierung mit einer Opposition zu tun hatte, die zwar geschlossen gegen ein Vorgehen außerhalb der UN war, aber die diesbezüglichen Zeichen der Regierung unterschiedlich deutete. Daraus resultierte letztlich ein mitunter heterogenes Handeln, das die Kontrollmacht und Einflussmöglichkeiten der Opposition eingeschränkt haben dürfte. Dies verdeutlicht beispielsweise die Ablehnung des Antrages B83 von EL und SF, alle Kriegsvorbereitungen zu stoppen und zukünftig jegliche Diskussion der Irakfrage im Plenum zu halten. Der Antrag wurde unter anderem mit den Stimmen von S, RV und KRF abgelehnt.

Darüber hinaus spielte die DF in der Irakkrise eine entscheidende Rolle. Relativ früh war klar, dass die DF eine Irakinvasion unter allen Umständen, ganz gleich ob mit oder UN, befürworten würde. Diese starke Zusicherung einer Partei, die für ihre Zustimmung so gut wie keine Kompromisse forderte, gab der Regierung frühzeitig relativ großen Handlungsspielraum und ermöglichte es, intensive Kriegsvorbereitungen ohne großes Risiko zu treffen.

Wie eingangs bereits erwähnt wurde, ist wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren des demokratischen Friedens, dass die gesellschaftlichen Anforderungen nach einer friedlichen Außenpolitik in das politische System transferiert werden können (Czempiel 1996: 89). Dieses Prinzip scheint offenbar im dänischen Parlament nicht reibungslos funktioniert zu haben. Wie die vorliegende Studie zeigt, waren die gesellschaftlichen Anforderungen an eine derartige Außenpolitik gegeben. Wie aber in der Debatte deutlich wurde, waren Regierungsparteien und DF von der Stimmung in der Bevölkerung relativ unbeeindruckt. Diese Einstellung weist im konkreten Fall der Irakfrage auf einen Mangel an Responsivität des Folketing auf außen- und sicherheitspolitische Bedürfnisse der Bevölkerung hin. Wenn also in einem politischen System wie dem dänischen einerseits zwar hohe parlamentarische *war powers* gegeben sind, auf der anderen Seite die kriegsaverse Bevölkerungsmeinung im Entscheidungsprozess jedoch nicht hinreichend berücksichtigt und transferiert wird, so kann damit die Kriegsteilnahme im Sinne der Theorie des Demokratischen Friedens mitbegründet werden.

Zu Gute kam den Regierungsparteien dabei sicherlich, dass man sich im Frühjahr 2003 genau in der Mitte der Legislaturperiode befand und – anders als beispielsweise in Deutschland²⁰ – keine Parlamentswahlen bevorstanden. Damit war die Gefahr, sich durch unpopuläre Entscheidungen der Abwahl durch die Bevölkerung auszusetzen, relativ begrenzt. Die Regierungsparteien waren sich dessen sicher bewusst und spekulierten möglicherweise darauf, dass die Entscheidung für die kommenden Parlamentswahlen keine Rolle mehr spielen würde.²¹ Wie die Analyse ebenfalls zeigte, spielte die Annahme der Regierungsparteien und der DF, der Irak sei in Besitz von (nuklearen) Massenvernichtungswaffen und unterhalte Verbindungen zum internationalen Terrorismus, eine wichtige Rolle in der Debatte. Regierungsparteien und DF waren von der Echtheit der Beweise, die Colin Powell vor dem UNSR präsentierte überzeugt und nutzen sie in der Debatte als Argumentationsgrundlagen. Wie sich allerdings im Nachhinein herausstellen sollte, waren viele dieser Beweise manipuliert.²² In diesem Zusammenhang ist auch erwähnenswert, dass Verteidigungsminister

²⁰ Die Wahl zum Deutschen Bundestag fand am 22. September 2002 statt.

²¹ Die Regierung Rasmussen wurde bei den Wahlen im Februar 2005 im Amt bestätigt. Ob und wie weit der Irakkrieg ein Thema der Wahl war, konnte im Rahmen dieser Studie allerdings nicht untersucht werden.

²² Zu diesem Ergebnis kommt unter anderem der Bericht der Iraq Survey Group (2004). Der Chef der US-Waffeninspektoren, Charles Duelfer, äußerte sich gegenüber der Washington Post (7.10.2004), dass nahezu alle Anschuldigungen der US-Administration bezüglich der Massenvernichtungswaffen falsch waren und es seit

diesem Zusammenhang ist auch erwähnenswert, dass Verteidigungsminister Jensby am 23. April 2004 zurücktrat, weil ihm vorgeworfen wurde, dass er noch vor Ausbruch des Krieges Informationen des dänischen Geheimdienstes FE zurückgehalten habe, wonach es keine gesicherten Hinweise auf die Existenz irakischer Massenvernichtungswaffen gebe (Information 15.04.2004). Exakte Informationen und authentische Beweise sind aber unerlässlich, um eine rationale Kosten-Nutzen Kalkulation durchzuführen. Im konkreten Fall also die Abwägung seitens der Parlamentarier, ob eine Beteiligung an einer Militärmission (Kosten) dazu beitragen kann, die Bedrohung für den Staat Dänemark, seine Bürger und die internationale Gemeinschaft durch den Irak zu reduzieren (Nutzen). Diese Abwägung auf der Grundlage gefälschter Beweise kann dazu geführt haben, dass die Gefahr, die der Irak für die internationale Gemeinschaft darstellte, seitens der Kriegsbefürworter im Parlament überbewertet wurde; somit schließlich auch der erwartete Nutzen einer Militäraktion. Andererseits hätte es sich sehr wahrscheinlich auch auf die Bevölkerungsmeinung ausgewirkt, wenn die gefälschten Beweise nicht an die Öffentlichkeit gelangt wären. Es ist anzunehmen, dass dies zu einer noch größeren Ablehnung in der Bevölkerung geführt hätte. Ob dies letztlich zu einer anderen Entscheidung geführt und einen Militäreinsatz verhindert hätte, bleibt reine Spekulation.

Auch wenn es sich bei dem dänischen Beitrag im Vergleich zu den Truppenbeiträgen der USA oder GB um einen weitaus kleineren Beitrag handelte, so darf man doch nicht vergessen, dass Dänemark ein Kleinstaat mit viel geringeren militärischen Kapazitäten als die genannten Staaten ist. Möglicherweise hat man aber diesen Beitrag aufgrund der Stimmung in der Bevölkerung und der schwierigen Situation im Parlament auch von Anfang an relativ klein gestaltet. Das würde die Annahme eines parlamentarisch-demokratischen Friedens insofern stützen, dass der Grad der Kriegsbeteiligung bei Staaten mit einer demokratischeren Sicherheitspolitik weniger intensiv ausfällt. Ob es ursprünglich größere Pläne gab, diese aber aufgrund der Umstände niemals offen diskutiert wurden, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Deutlich wurde aber, dass es der Opposition zumindest gelang, das Profil des dänischen Einsatzes von einem rein militärischen Beitrag abzuschwächen, in dem man ihn um humanitäre und entwicklungspolitische Elemente ergänzte und die lange eingeplanten Spezialkräfte strich. Letztlich war dies ein Versuch, durch Zugeständnisse zumindest S und RV zu ihrer Zustimmung zu bewegen, um die traditionelle Einheit der großen Parteien in außen- und sicherheitspolitischen Fragen nicht zu gefährden. Damit konnte – im Sinne des unterstellten parlamentarisch-demokratischen Friedens – der militärische Beitrag durch den parlamentarischen Prozess, wenn auch nicht verhindert, so doch zumindest abgeschwächt werden.

Es wurde deutlich, dass das Zusammenwirken mehrerer Faktoren für die Erklärung der dänischen Ausnahmeerscheinung eine Rolle spielte und keiner dieser Erklärungsgründe allein ausreicht, um das Phänomen zu fassen. Ein Mangel an Responsivität war einer dieser Faktoren. Dieser Faktor und die sehr US-treue Haltung der Regierungsparteien und der DF, die kompromisslose Unterstützung der Regierung durch die DF, eine Abwägung auf Grundlagen falscher Tatsachen und eine mitunter heterogen agierende Opposition trugen dazu bei, dass eine Mehrheit im Parlament möglich war und das Folketing eine Truppenentsendung

1991 keine Wiederaufnahme des Waffenprogramms gegeben habe. Auch viele der in Tony Blairs Iraq Dossiers unterstellten Behauptungen stellten sich als Fälschungen heraus.

zuließ. Auf der anderen Seite konnte die Opposition den dänischen Beitrag zwar nicht verhindern, aber immerhin bewirken, dass das Profil des Einsatzes in ihrem Sinne abgemildert wurde. Dies geschah seitens der Regierung in der Hoffnung, mit dieser Maßnahme doch noch eine breite Mehrheit im Parlament zu erreichen. Somit kann abschließend konstatiert werden, dass – im Sinne der Theorie des demokratischen Friedens – der militärische Beitrag durch den parlamentarischen Prozess zumindest abgeschwächt werden konnte.

Zukünftig bleibt es interessant zu beobachten, ob der traditionelle dänische Konsens in außen- und sicherheitspolitischen Fragen wieder hergestellt werden kann oder der Vergangenheit angehört. Erstes Anzeichen, dass letzteres nicht der Fall ist, zeigt die Abstimmung über einen militärischen Beitrag im Rahmen einer internationalen Stabilisierungstruppe unter US-Führung. Hier war die alte Einheitlichkeit beinahe wieder hergestellt und V, S, KF (und DF) stimmten für den Einsatz, während die RV erneut dagegen stimmte. Auch für diesen Einsatz lag zum Zeitpunkt der Abstimmung kein UN-Mandat vor. Es bleibt abzuwarten, welche Bedeutung der internationalen Rechtsordnung und dem Bündnis mit den USA zukünftig beigemessen wird. Um mit Knudsen (2004) zu sprechen, stellt sich die Frage nach Dänemarks „*losing sight of internationalism*“.

Literaturverzeichnis

- The Assembly of the Western European Union (2001): National parliamentary scrutiny of intervention abroad by armed forces engaged in international missions: the current position in law, Paris.
- Associated Press (17.3.2003): US, Britain and Spain Abandon Resolution, in: <http://www.globalpolicy.org/security/issues/iraq/attack/armtwist/2003/0317usbritspain.htm>. Abgerufen am 21.02.2008.
- Aznar, José María et al. (2003): Europa und Amerika müssen zusammen stehen, in: Handelsblatt, 30.01.2003, 3.
- BBC Monitoring Europe (22.01.2003a): Danish opposition demands explanation on war talks with USA.
- BBC Monitoring Europe (22.01.2003b): USA 'negotiating with Denmark about war on Iraq'.
- BBC News (25.2.2003): Resolution deepens UN rift over Iraq, in: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/2796227.stm>. Abgerufen am 21.2.2008.
- Berlingske Tidende (15.11.2002): Regeringen: FN skal støtte krig mod Irak, 5.
- Bush, George W. (2002): Remarks by the President in Address to the United Nations General Assembly, in: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/09/20020912-1.html>. Abgerufen am 23. Oktober 2007.
- Bush, George W. (2003): President Delivers "State of the Union", in: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/01/20030128-19.html>. Abgerufen am 30. Oktober 2007.
- The Copenhagen Post (19.09.2002): Criticism for PM's Iraq policy, in: http://www.cphpost.dk/print.jsp?o_id=64610. Abgerufen am 12. Oktober 2007.
- Czempiel, Ernst-Otto (1996): Kants Theorem – Oder: Warum sind Demokratien noch immer nicht friedlich?, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, 3:1, 79-101.
- Damgaard, Erik (2004): Developments in Danish Parliamentary Democracy: Accountability, Parties and External Constraints, in: Scandinavian Political Studies, 27:2, 115-131.
- Dieterich, Sandra 2007: A Survey of Parliamentary War Powers (Part I): Parliamentary Control of Military Security Policy in 15 European States, paks working paper 5, Düsseldorf.
- Dieterich, Sandra/Hummel, Hartwig/Marschall, Stefan (2007a):: Zusammenhänge zwischen parlamentarischer Macht in der militärischen Sicherheitspolitik und der Beteiligung am Irakkrieg 2003 in 25 europäischen Staaten, paks working paper 10, Düsseldorf.
- Dieterich, Sandra/Hummel, Hartwig/Marschall, Stefan (2007b): Von der exekutiven Prärogative zum parlamentarischen Frieden? Funktionslogik und Funktionsprobleme der parlamentarischen Kontrolle militärischer Sicherheitspolitik am Fallbeispiel Deutschland, paks working paper 6, Düsseldorf.

- EOS Gallup Europe (2003): International Crisis Survey, in: www.paks.uni-duesseldorf.de/Dokumente/International-Crisis-Survey_Rapport-Final.pdf. Abgerufen am 17. Oktober 2007.
- Folketing (2002a): The Foreign Affairs Committee, in: http://www.folketinget.dk/pdf/foreign_affairs_committee.pdf. Abgerufen am 20. Oktober 2007.
- Folketing (2002b): The Foreign Policy Committee, in: http://www.folketinget.dk/pdf/foreign_policy_committee.pdf. Abgerufen am 20. Oktober 2007.
- Folketing (2003a): B83 - Forslag til folketingsbeslutning om stop for forberedelse af en dansk deltagelse i USA's krig mod Irak, før Folketinget har givet et udtrykkeligt samtykke i Folketingssalen, in: http://www.folketinget.dk/Samling/20021/beslutningsforslag_som_fremsat/B83.htm. Abgerufen am 23. Oktober 2003.
- Folketing (2003b): Første behandling af beslutningsforslag nr. B 118, in: [http://www.folketinget.dk/Samling/20021/salen/B118_BEH1_67_1_\(NB\).htm](http://www.folketinget.dk/Samling/20021/salen/B118_BEH1_67_1_(NB).htm). Abgerufen am 23. August 2007.
- Folketing (2003c): Betænkning over Forslag til folketingsbeslutning om dansk militærdeltagelsen i en multinational indsats i Irak, in: http://www.folketinget.dk/Samling/20021/udvbilag/FOU/B118_bilag35.htm. Abgerufen am 24. August 2003.
- Folketing (2003d): Anden (sidste) behandling af beslutningsforslag nr. B 118, in: <http://www.folketinget.dk/Samling/20021/MENU/00770399.htm>. Abgerufen am 23. Oktober 2007.
- Folketing (2004): The Standing Orders of the Folketinget, in: www.ft.dk/pdf/standing_orders.pdf. Abgerufen am 23. Oktober 2007.
- Folketing (2007): Political Parties, in: www.ft.dk/pdf/ark18_t.pdf. Abgerufen am 15. Oktober 2007.
- Gallup International (2003): Iraq Poll 2003, in: http://www.paks.uni-duesseldorf.de/Dokumente/International-Crisis-Survey_Rapport-Final.pdf. Abgerufen am 17. Oktober 2007.
- Great Britain: Iraq's weapons of mass destruction: the assessment of the British Government. London: Stationery Office, 2002, in: <http://www.number10.gov.uk/files/pdf/iraqdossier.pdf>. Abgerufen am 30. Oktober 2007.
- Great Britain: Iraq: its infrastructure of concealment, deception and intimidation. The dodgy dossier. London, 2003, in: <http://www.number-10.gov.uk/files/pdf/Iraq.pdf>. Abgerufen am 30. Oktober 2007.
- Information (21.11.2002): Danmark vil følge USA uden om FN, 1.

- Information (18.12.2002): Fogh: Ingen krig mod Irak uden om FN, 1.
- Information (24.01.2003): Regeringen bøjer sig efter pres i Irak-sag, 5.
- Information (15.04.2004): FE og regeringen afviser urent trav, 1.
- Iraq Survey Group (2004): Comprehensive Report of the Special Advisor to the DCI on Iraq's WMD, in: www.foia.cia.gov/duelfer/Iraqs_WMD_Vol1.pdf. Abgerufen am 30. Oktober 2007.
- Jäger, Siegfried (2004): Kritische Diskursanalyse: eine Einführung. Münster: UNRAST-Verlag.
- Jyllands-Posten (18.02.2003): Fogh satser på bred enighed om Irak-aktion, 3.
- Kristeligt Dagblad (08.03.2003): FN-inspektørernes rapport om Irak splitter Folketinget, 3.
- Knudsen, Tonny Brems (2004): Denmark and the War against Iraq: Losing Sight of Internationalism?, in: Carlsen, Per/ Mouritzen, Hans (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2004. Copenhagen: Danish Institute for International Studies, 2004, 49-90
- Mendel, Françoise (1980): The Role of Parliament in Foreign Affairs in Denmark, in: Cassese, Antonio (Hg.): Parliamentary Control over Foreign Policy, Alphen aan den Rijn: Sijthoff & Noordhoff, 53-64.
- Nannestad, Peter (2003): Das politische System Dänemarks. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas. Opladen: Leske und Budrich, 55-92.
- Politiken (08.02.2003): Krisen om Irak: Danmark håber på enighed i FN, 11.
- Politiken (15.02.2003): Krisen om Irak: V klar til krig uden om FN, 11.
- Politiken (18.02.2003): Danmark klar med læge-hjælp, 8.
- Politiken (13.03.2003): Fogh venter på FN, 11.
- Powell, Colin (2003): U.S. Secretary of State Colin Powell Addresses the U.N. Security Council, in: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/02/20030205-1.html>. 23. Oktober 2007.
- Rasmussen, Anders Fogh (2002a): Statement by Danish Prime Minister Anders Fogh Rasmussen on behalf of the European Union to the 57. session of the General Assembly, in: <http://www.stm.dk/Index/dokumenter.asp?o=6&n=0&d=1106&s=2&str=stor>. Abgerufen am 23. Oktober 2007.
- Rasmussen, Anders Fogh (2002b): Statsministerens redegørelse i henhold til grundlovens §38 (mundtlig del), in: http://www.folketinget.dk/Samling/20021/salen/R1_BEH1_1_1_1.htm. Abgerufen am 23. Oktober 2007.
- Ritzaus Bureau (03.10.2002): Fogh: FN's Sikkerhedsråd i centrum.
- Ritzaus Bureau (23.01.2003a): Nævnsmøde om Irak fremskyndes.
- Ritzaus Bureau (23.01.2003b): SF: VK overtræder grundloven i Irak-sag.

- Ritzaus Bureau (24.01.2003): Per Stig parat til at give inspektører mere tid.
- Ritzaus Bureau (30.01.2003): Fogh afviser anklage for at splitte Europas Irak –politik.
- Ritzaus Bureau (31.01.2003): Danmark optrapper Irak-beredskab.
- Ritzaus Bureau (01.02.2003): S frygter for hård Irak –profil.
- Ritzaus Bureau (18.02.2003a): Flertal mod offentlighed om krigsforberedelser.
- Ritzaus Bureau (18.02.2003b): Fogh fortsat tavs om FN-forankring.
- Skidmore-Hess, Daniel (2003): The Danish party system and the rise of the right in the 2001 parliamentary election, in: *International Social Science Review*, 78:3-4, 89-110.
- Udenrigsministeriet (2003a): Det juridiske grundlag for iværksættelse af militære forholdsregler mod Irak, in: <http://www.um.dk/da/menu/Udenrigspolitik/FredSikkerhedOgInternationalRetsorden/InternationaleOperationer/Irak/DanskMilitaertBidragTilDenMultinationaleSikringssyrke/DetJuridiskeGrundlagForIvaerksaettelseAfMilitaereForholdsreglerModIrak.htm>. Abgerufen am 15. Oktober 2007.
- Udenrigsministeriet (2003b): B118 - Forslag til folketingsbeslutning om dansk militær deltagelse i en multinational indsats i Irak. Fremsat den 18. marts 2003 af udenrigsministeren, in: http://www.folketinget.dk/Samling/20021/beslutningsforslag_som_fremsat/B118.htm. Abgerufen am 23. August 2003.
- UN-Sicherheitsrat (29.11.1990): Resolution 678 (1990), 29. November 1990 (Übersetzung des Deutschen Übersetzungsdienstes, Vereinte Nationen, New York), in: http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_90/sr678-90.pdf. Abgerufen am 23. Oktober 2007.
- UN-Sicherheitsrat (3.4.1991): Resolution 687 (1991), 3. April 1991 (Übersetzung des Deutschen Übersetzungsdienstes, Vereinte Nationen, New York), , in: http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_91/sr687-91.pdf. Abgerufen am 23. Oktober 2003.
- UN-Sicherheitsrat (8.11.2002): Resolution 1441, 8. November 2002, (Vorauskopie des Deutschen Übersetzungsdienstes, Vereinte Nationen, New York), in: documentArchiv.de (Hrsg.), http://www.documentArchiv.de/in/2002/res_un-sicherheitsrat_1441.html. Abgerufen am 16. Oktober 2007.
- UN-Sicherheitsrat (7.3.2003): Protokoll der 4714. Sitzung vom 7. März 2003, in: <http://www.un.org/Depts/dhl/resguide/scact2003.htm>. Abgerufen am 16. Oktober 2007.
- US Kongress (1953): Joint Resolution -Concerning the war powers of Congress and the President, in: <http://usinfo.state.gov/usa/infousa/laws/majorlaw/warpower.htm>. Abgerufen am 15. Oktober 2007.
- Verfassung des Königreiches Dänemark (1953), in: Mayer-Tasch, Peter Cornelius (Hrsg.) (1966): *Die Verfassungen Europas*, Stuttgart, 21-37.
- Vilstrup Research (2003): Irak-krig – Vilstrup Research for Politiken.

The Washington Post (24.10.2004): U.S. 'Almost All Wrong' on Weapons, in: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A12115-2004Oct6.html>. Abgerufen 30. Oktober 2007.

World News Connection (06.02.2003): Danish Folketing Backs Government's Support For US On Iraq.

World News Connection (20.11.2003): Danish Iraq Force Contribution Opposed by Socialist People's Party, Unity List.

Parliamentary Control of Security Policy (paks)

Despite strong public disapproval (cf. EOS-Gallup Europe's International Crisis Survey of January 2003) several of the 25 current member states of the European Union (EU-25) actively participated in the US-led war against Iraq in 2003. This contradicts the (monadic) theory of democratic peace originating from Kant, which expects war-averse public majorities to be able to use democratic institutions to effectively constrain their government's security policy. Could the lack of proper democratic control of war involvement could explain this puzzle?

In our research project on the "Parliamentary control of military security policy" (paks) we focused on the case of the national parliaments of the EU-25 and their impact on national security policies relating to the 2003 Iraq war. We operationalized democratization of security policy-making as parliamentarization. Given that legislatures are responsive to war-averse citizens we tested the hypothesis that depending on their powers in security policy-making, parliaments effectively limit the scope of executive security policy. In the first part of the project we developed two typologies to measure, first, the powers of parliaments regarding matters of military security policy (paks "war powers" typology) and, second, the involvement of the EU-25 governments in the Iraq war (paks "war involvement" typology). In the second part of the project we collected data for both parliamentary "war powers" and the war involvement of the 25 European democracies of our sample. At the end of the project, we correlated the two datasets and discussed the findings.

We conducted the research from February 2006 to October 2007.

We appreciate funding for the project by the German Research Foundation (DFG).

paks working paper series

- paks working paper 1** Hummel, Hartwig 2006: Parliamentary Peace: The Parliamentary Control of Military Security Policy in the EU-25 and the Iraq War 2003. paks working paper 1, Düsseldorf.
- paks working paper 2** Dieterich, Sandra 2007: Demokratische Außenpolitik = Friedliche Außenpolitik? Ein Literaturbericht. paks working paper 2, Düsseldorf.
- paks working paper 3** Hummel, Hartwig/Marschall, Stefan 2007: How to Measure Parliamentary War Powers. paks working paper 3, Düsseldorf.
- paks working paper 4** Hummel, Hartwig 2007: How to Measure War Involvement. paks working paper 4, Düsseldorf.
- paks working paper 5** Dieterich, Sandra 2007: A Survey of Parliamentary War Powers (Part I): Parliamentary Control of Military Security Policy in 15 European States. paks working paper 5, Düsseldorf.
- paks working paper 6** Dieterich, Sandra/Hummel, Hartwig/Marschall, Stefan 2007: Von der exekutiven Prärogative zum parlamentarischen Frieden? – Funktionslogik und Funktionsprobleme der parlamentarischen Kontrolle militärischer Sicherheitspolitik am Fallbeispiel Deutschland. paks working paper 6, Düsseldorf.
- paks working paper 7** Hummel, Hartwig 2007: A Survey of Involvement of 15 European States in the Iraq War 2003. paks working paper 7, Düsseldorf
- paks working paper 8** Marschall, Stefan 2007: A Survey of Parliamentary War Powers (Part II): Parliamentary Control of Military Security Policy in 10 European States. paks working paper 8, Düsseldorf.
- paks working paper 9** Hummel, Hartwig 2007: A Survey of Involvement of 10 European States in the Iraq War 2003. paks working paper 9, Düsseldorf.
- paks working paper 10** Dieterich, Sandra/Hummel, Hartwig/Marschall, Stefan 2007: Zusammenhänge zwischen parlamentarischer Macht in der militärischen Sicherheitspolitik und der Beteiligung am Irakkrieg 2003 in 25 europäischen Staaten. paks working paper 10, Düsseldorf.
- paks working paper 11** Alexander Böhm 2008: Das dänische Parlament und der Irakkrieg 2003. paks working paper 11, Düsseldorf.